

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1926

17.12.1926 (No. 388)

Hilfsunion auch kleinste Länder wie Lichtenstein, Monaco usw.

Bei der Einberufung der Weltwirtschaftskongress-Konferenz hat es noch in den letzten Tagen eine kleine Kontroverse über den Kongressort gegeben, da neben Genf auch Amsterdam in Frage stand...

Wird nun die Weltwirtschaftskongress-Konferenz im Frühjahr des kommenden Jahres nach Genf einberufen (auf den 4. Mai) und die Waffenfabrikations-Konferenz auf einen noch nicht genauer bezeichneten Tag im Herbst...

Zu den wichtigsten Entscheidungen, die der Völkerbundsrat in der abgelaufenen Sitzung getroffen hat, müssen unbestreitbar auch diejenigen gezählt werden, die darauf abzielen, ein rasches Funktionieren des Völkerbundes in Krisenzeiten zu ermöglichen...

Von den Fragen mehr sekundärer Bedeutung, aber von allgemeinerem Interesse wäre endlich noch die Schaffung einer gewissen Kommission zu erwähnen...

Deutschland als Mitglied des Völkerbundsgerichts.

Berlin, 17. Dezember.

Mit der Unterzeichnung des Protokolls des Ständigen Internationalen Gerichtshofes durch den Reichsminister des Äußeren Dr. Stresemann ist Deutschland auch Mitglied des Völkerbundsgerichts geworden...

Das Markgräflerland und die Markgräfler im Bauernkrieg des Jahres 1525.

Von Karl Seiff.

(Verlag C. F. Müller, Karlsruhe. Nr. 28 der Heftblätter „Vom Bodensee zum Main“.)

Wenn im Vorwort als Ziel der Arbeit die Darstellung des Anteil des Markgräflerlandes an der gewaltigen Bauernbewegung des Jahres 1525 genannt und als Zweck derselben bezeichnet wird, der Wissenschaft damit einen Dienst zu erweisen und praktisch damit aber auch dem Volke des Markgräflerlandes eine Seite seiner Geschichte näher zu bringen...

Die Einleitung gibt zunächst einen kurzen Überblick über die Geschichte des Markgräflerlandes bis zum Jahre 1515, wo die drei oberen Herrschaften Nördlingen, Sausenberg und Badenweiler, die seit dem 8. September 1444 (also dem Geburtsstag des Markgräflerlandes) zur Schicksalsgemeinschaft verklodeten wurden...

mächte sich bisher zur Unterzeichnung nicht bereit gefunden haben. Deutschland hat nunmehr die Pflicht, zu den Kosten des Gerichtshofes beizutragen...

Reichskanzler Michaelis und der Lama-Prozess.

Berlin, 16. Dez.

In dem Augenblick, wo der vierte Untersuchungsausschuss des vom Reichstag zur Prüfung der Ursachen des Kriegsverlustes eingesetzten Untersuchungsausschusses den Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis über das Verhalten zur Friedensnote des Papstes im Jahre 1917 beschäftigt, lenkt der Lama-Prozess von neuem das Interesse der Öffentlichkeit auf sich.

Ritter von Lama hatte im Jahre 1925 leidenschaftliche Angriffe gegen den früheren Reichskanzler Michaelis wegen seines Verhaltens gegenüber der Papstnote vom 1. August 1917 erhoben. Er hatte behauptet: „Der Reichskanzler habe aus haßerfüllter Gesinnung gegen den Papst und aus Gründen konfessioneller Abneigung gegen das Oberhaupt der katholischen Kirche, sowie in dem Glauben, der Sache des Protestantismus einen Dienst zu tun, sich weiter über alle politischen Bedenken und über seine Pflicht, der Sache des ganzen Volkes objektiv zu dienen, hinweggesetzt und einen päpstlichen Frieden so labortiert.“

Wegen einer energischen Abwehr dieser Behauptung, die zunächst auf der Brandenburger Provinzialsynode von Michaelis und dem Hofprediger D. Döring gefolgt und die sodann in zwei Artikeln der „Täglichen Rundschau“ im September 1925 aufgegriffen wurde, und vor allem eine solche konfessionelle Hebeartikelle, erhob Lama durch den Rechtsanwalt W. Armuth-Münch, den Anwalt des Kardinals Faulhaber, gegen Hofprediger D. Döring, den Chefredakteur Rippler und den gesamten Redaktionsstab der „Täglichen Rundschau“ und den Schriftleiter der „Evangelischen Korrespondenz“ die Beleidigungsklage vor dem Amtsgericht in Pfüfen.

Nachdem zunächst wegen der unritterlichen Zustände des im Allgäu gelegenen Amtsgerichts Pfaffen larmierende Ermittlungen gepflogen waren, stellte für die sämtlichen Angeklagten und den Reichskanzler Michaelis Rechtsanwalt Dr. Fiedgebrunn-Södingen einen Widerklageantrag. In der vorausichtlich im Frühjahr kommenden Jahres beginnenden Verhandlung wird es sich unter anderem um die Beweggründe des Reichskanzlers Michaelis zu seinem vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss erörterten Verhalten der Papstnote und um die Ernstlichkeit der päpstlichen Friedensaktion handeln...

Falsche Behauptungen über Hindenburg.

WTB, Berlin, 16. Dez.

Die in Wiesbaden erscheinende Wochenchrift „Die Menschheit“ bringt in ihrer Ausgabe vom 10. Dezember unter dem Titel „Die volle Wahrheit über das Unternehmen des Generals Watter; die Rolle Hindenburg im Ruhrkrieg“ einen Artikel, in dem behauptet wird, der Reichspräsident von Hindenburg habe Ende 1922 den Vorsitz in einer Besprechung geführt, welche die Herbeiführung eines bewaffneten Konfliktes im deutschen Westen und die Organisation einer Freiwilligen-Armee unter...

waren immer noch angetreten. Im Breisgau wurde Erzherzog Ferdinand, der besaß, die Aufwiegler einer möglichen neuen Erhebung auszurufen, vollständig Herr der Lage. Die Nadelstiche und ihr Anhang hielten sich noch eine Weile in der Schweiz, von wo sie zum Teil durch Eintritt in den Kriegsdienst der Republik Beneblt, zum Teil sonstige reißlos schließlich verschwanden...

Nachdem der Verfasser im ersten Stück die allgemeine reichsdeutsche und im besonderen das markgräflische Vorgeschichte des Aufstandes gegeben, schildert er im zweiten Stück den Aufstand selbst, dessen Höhepunkt die Einnahme der Schlösser Nördlingen, Sausenberg und Badenweiler, die Flucht des Markgrafen mit seiner Familie und dessen vergeblichen Versuch, bei Herzog Anton von Lothringen Waffenhilfe zu erlangen, darstellt. Im dritten Stück treten bei der Geschichte der Verhandlungen die eigentlichen Mächte, die mit dem aufrührerischen Element fertig werden, in den Vordergrund der Schilderung: die Städte Basel und Straßburg...

General Watter zum Gegenstand hatte. Wie wir von ausländischer Stelle erfahren, sind diese Behauptungen völlig aus der Luft gegriffen. Der Herr Reichspräsident hat niemals irgendwelche Kenntnis von diesen angeblichen Plänen gehabt, geschweige denn derartige Ideen geäußert.

Post-Wirtschaftstagung.

Berlin, 14. Dez.

Im Reichspostministerium fand die zweite Postwirtschaftstagung statt, die mit einer Ansprache des Reichspostministers Stingl eingeleitet wurde. Als Zweck der Tagung bezeichnete er die Aufklärung der Post und Wirtschaft über alles den Verkehr mit der Post unmittelbar Berührende zwecks Befreiung irriger und schierer Anschauungen. Nachdem der Minister betont hatte, daß die Post unpolitisch sei, wandte er sich der Gebührensfrage zu und trat der Meinung entgegen, daß die Reichspostgebühren, wie vielfach behauptet werde, zu hoch seien und die Post heute unserer verkleinerten und verarmten Wirtschaft einen Betrag von mehr als einer Milliarde mehr als vor dem Kriege für Postgebühren entziehe. Diese Behauptung sei unzutreffend und irreführend...

Zu dem bevorstehenden Rouzier-Prozess.

Landau, 16. Dez.

Zu dem morgen vor dem französischen Kriegsgericht in Landau beginnenden Prozess gegen den französischen Leutnant Rouzier, der am 26. September den deutschen Staatsangehörigen Emil Müller erschossen sowie die Deutschen Josef Mathes und Richard Holzmann schwer verletzt hatte, sind von dem französischen Militärstaatsanwalt Propet allein 44 Zeugen geladen worden; hierzu kommt noch die Zeugenliste der Verteidigung, die nach der französischen Strafprozedur erst 24 Stunden vor Beginn der Verhandlungen eingereicht zu werden braucht. Ein großer Teil der von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen dürfte zu der Verhandlung über den Wirtschaftstreit in der Gastwirtschaft zum Engel in Germerstheim und über den Streit auf der Kirchweibe in Sondernheim geladen sein, die mit dem eigentlichen Rouzier-Prozess gar nichts zu tun haben und nur von dem französischen Staatsanwalt mit dem Rouzier-Prozess zusammengelegt worden sind. Das geht daraus hervor, daß auf dieser Zeugenliste der französische Soldat Gorin genannt wird, der in seiner Betrunkenheit in der Wirtschaft zum Engel die Gäste belästigte, von der Kellnerin entwaffnet und an die Luft gesetzt wurde, und der Unteroffizier Gaumont vom 25. Artillerieregiment, der bei der Kirchweibe in Sondernheim das Tanzgeld nicht bezahlte, was die Ur-

sache zu diesem Streitfalle bildet, der sich bereits am 22. August 1926 abgepielt hat und ursprünglich garnicht angezeigt worden war.

Die Anklage gegen Rouzier läuft sich nach der Ladung auf Artikel 295, Art. 304, Art. 309 und Art. 311 des französischen Strafgesetzbuches. Der Artikel 295 lautet: Die vorzüglich begangene Tötung ist Mord, während Art. 304 lautet: „Der Mord zieht die Todesstrafe nach sich, wenn er einem anderen Verbrechen vorangeht, oder mit einem anderen Verbrechen ausgeübt oder in einem anderen Verbrechen gefolgt ist... In jedem anderen Falle wird der des Mordes schuldige mit lebenslänglicher Zwangsarbeit bestraft.“ Die Art. 309 und 311 betreffen die Gewalttätigkeiten an Mathes und Holzmann. Der Artikel 309 besagt, wer vorzüglich Verletzungen verursacht oder Schläge verübt oder jede andere Gewalttätigkeit oder Gewalttat verübt — wenn diese Arten von Gewalttätigkeiten eine Krankheit oder verbildete Arbeitsunfähigkeit krankheit oder verbildete Arbeitsunfähigkeit mit Gev. von mehr als 20 Tagen verursachen — mit Gev. von 16 bis zu 2000 Franken. Ist die Krankheitsdauer weniger als 20 Tage, so sind nach Artikel 311 Gefängnis von 6 Tagen bis zu 2 Jahren und eine Geldbuße von 16 bis 200 Franken oder eine dieser beiden Strafen verurteilt.

Die Weihnachtsbeihilfe an die Beamten.

Kein Ergebnis im Hause des Ausschusses des Landtags.

Karlsruhe, 16. Dez.

Der Haushaltsausschuß des Landtags nahm in seiner heutigen Vormittagssitzung Stellung zu der Gesetzesvorlage auf Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe an die Beamten und Staatsarbeiter. Der Gesamtaufwand beziffert sich auf 23 Mill. RM. Der Berichterstatter, Abg. Büchner (Str.), teilte das Bedauern der Regierung über das Vorgehen des Reiches, weil dadurch die Neuordnung der Besoldungsordnung hinausgeschoben werde. Ferner übte er Kritik an der Aktion des Reichsfinanzministers, der die Aktion unternommen habe ohne mit dem Landesfinanzminister in Verbindung zu treten. Gemildert werde die Sache für die Länder, weil beim Reiche Ueberwälte aus der Einkommensteuer in ganzen Reiche rund 170 Mill. und zwar 23 Mill. für die Kriegsbekämpften, 4 Mill. für Meer und Marine, 10 Mill. für Beamte, 25 Mill. für Sozialbedürftige, 14 Mill. für die Post, 17 Mill. für die Reichsbahn und 75 Mill. für die Länder und Gemeinden.

Staatspräsident Dr. Köhler äußerte sich über den Verlauf der Dinge im Reich. Gegen das Vorgehen des Reichsfinanzministers ohne Rücksichtnahme mit dem Landesfinanzminister sei protestiert worden. Die Forderung, den Ausfall an badischen Steuern durch erhöhte Ueberwälte aus der Einkommensteuer decken zu können, sei nun nicht erfüllbar. Der Reichsfinanzminister habe nichts davon wissen wollen, daß auch die Staatsarbeiter an der Aktion beteiligt werden sollten. Die Regierung sei anderer Ansicht. Auch an die Notlage in den freien Berufen müsse man denken. Sei zu wünschen, daß sich die Luft zwischen Beamten und den freien Berufen nicht vergrößere.

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden ohne Rücksichtnahme mit dem Landesfinanzminister für die sozialpolitischen Gründe, die den Reicher und namentlich die Erwerbslosen, die auch ein Opfer des Krieges und der Nationalisierung der Wirtschaft seien, bedenken müsse. Innenminister Dr. Kamele vertrat den

Quellenverzeichnis als Ausgangspunkt für ein allgemeines Studium der Revolution von 1525 sehr geeignet. R. A. Bergmann.

Seitere Feldzugserinnerung.

Für die Odenbank erzählt von Greifan Urb. Eines der lieblichsten Landschaftsbilder bot uns Soldaten einer badischen Division der Ansicht des idyllischen Mittelalters, das sich in unmittelbaren Ufern von der linken Hängelwandung in der Höhe hinabstreckt, beständig in der etwas unruhigen Niederung von schlanken Pappeln, und, sobald sich die schwebenden Nachtnebel im Morgenfennelglanz nur von der Fläche des Wasserlaufes erhoben hatten, ein herrlicher Spiegel der seidenen Himmelshäute. Am Vorprung dieses friedlichen Gewässers lag in erbärmlichen Trümmern das Dorf Amisfontaine. Selten mag es in dem fürstlichen Kriegeslande des Westens ein idyllischeres Fleckchen Erde gegeben haben.

An der vorderen Stellung erhob sich, trotz angelehnt an die Mielte, das denkwürdige Erdwerk. Das war ein kleiner Kalkhügel von Juvincourt, der in den Apriltagen des Jahres 1917 vom französischen Artilleriegeschütz so um und um gefolgt war, daß auf dem weissen Kalkstein kein grünes Hälmlein mehr zu erkennen war. Im Labrinth dieser wie eine kleine Redoute aufragenden Grabenanlage lag im weichen Frühmorgen dieses Jahres unser Bataillon in Stellung.

Unser Kommandeur hatte keine bemerkenswerten Eigenheiten. So hatte er den Befehl gegeben, daß die Pöten am Tage ohne Bomb und Wasserrohr aufzuziehen hätten, und nun standen wir Musketiere denn bald mit braunverbranntem Oberkörper auf den Schützenbänken, am euagelantten Koppel die Patronenstößen und Handgranaten, und der Stahlhelm nahm sich wunderbar anm über diesem trübseligen Aokium aus. Diese Absonderlichkeit lodte aus den benachbarten Frontabschnitten manch nevatieries Auce herbei.

Einmal nun wollte uns der katholische Divisionsgeistliche, ein allbeliebter Herr aus dem

gleichen Standpunkt. Er warnte die Beamten vor einem Aufreihen, wie es manderorts geschehen sei, weil ein solches ihnen nichts nützen könne.

Der Sprecher der Bürgerlichen Vereinigung schickte dem Minister in diesem Punkte bei, dabei gleichfalls die Haltung des Reichsfinanzministers und erklärte, daß er hinsichtlich der Gruppe 13 die Stellungnahme der Deutschnationalen Reichstagsfraktion nicht teile; er wolle einen Trennungspunkt in Bezug auf die Weihnachtsbeihilfe schon vor der Klasse 10 machen.

Im Verlaufe der Debatte trat der Innenminister der Annahme entgegen, als ob für die Bewilligung neuer Zuschüsse für die Weihnachtsbeihilfe ein Aufwand von 4 Millionen erforderlich wäre. Die Sachlage sei vielmehr die, daß die vorhandenen Mittel aufgetragen würden, und daß lediglich statt neuer Zuschüsse abzurufen würden.

Der Redner der Sozialdemokraten machte die Bewilligung der Weihnachtsbeihilfe für die Beamten gleichfalls abhängig von einer Weihnachtsbeihilfe für die Erwerbslosen. Er trat auch für eine sozialere Gestaltung der Beamtenverhältnisse ein und schloß sich der Kritik an dem Vorgehen des Reichsfinanzministers an. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärte die Ansicht, daß für die Gruppen 1-6 mehr gegeben werden solle. Die Gruppe 13 will er ausbleiben. Der Vertreter der Demokraten trat für alle Beamtengruppen. Eine Weihnachtsbeihilfe hat im Ausschuss noch nicht stattgefunden.

Am Nachmittag 6 Uhr trat der Haushaltsausschuss zur Weiterberatung der Regierungsvorlage über eine Weihnachtsbeihilfe an die badischen Beamten auf. Die Verhandlungen wurden als vertraulich erklärt. Von sozialdemokratischer Seite wird gefordert, daß die zur Verteilung kommende Summe nur den unteren und mittleren Beamten, sowie den Staatsarbeitern zuante kommen soll, während die höheren Beamten höchstens mit einer kleinen Runderzulage bedacht werden sollen. Die Verhandlungen wurden gegen 1/2 8 Uhr ohne Ergebnis abgebrochen und am morgen vormittag vertagt. Infolgedessen wurde der Beginn der morgigen Verhandlung nicht wie vorgesehen auf 9 Uhr, sondern auf 11 Uhr festgesetzt.

Die württembergischen Weihnachtsgelder zu Lasten des Reiches?

Stuttgart, 16. Dezember. Der Finanzausschuss des württembergischen Landtages beschloß, die Mittel zur Aufwendung von Weihnachtsgeldern für die württembergischen Beamten vom Reich anzufordern, da für die Länder nach dem Vorgehen der Reichsregierung eine Zwangsfrage bestünde. Finanzminister Dr. Dehlinger betonte, daß diese Angelegenheit eine Frage des Finanzstaatsrechts sei, und daß es sich dabei auch um die Ausgaben von Gemeinden und Amtskörperschaften handele.

Militärkontrollbesuch in Pilsau.

Berlin, 16. Dez. Am Mittwoch hat als Erkundungsbesuch der Militärkontrollkommission der Reichsregierung eine Kontrolle des Festens Pilsau stattgefunden. Von mehreren Kontrollbesuchern in den Festungen Pilsau und Glogau ist dagegen bei den zuständigen Stellen nichts bekannt.

Hannovers Sozialdemokraten gegen Veinert.

Hannover, 16. Dez. Die sozialdemokratische Fraktion des Stadiparlaments und die Parteifunktionäre faßten Entschlüsse, die gegen Veinert wegen seines Verhaltens bei der Populärkammer im Preussischen Landtag beschlossene Mißbilligung auszusprechen.

Die Sozialdemokraten, den leider ein Jahr später die gleiche Angelegenheit bei Willers-Naron wegen seiner Stellung in vorderster Stellung stehen. Unter Kommando des Veinert, dessen heiserer Ruf immer zu Scherz aufgeleitet war, und in den schwersten Kampfzeiten, erwartete den geistlichen Herrn, nachdem er uns aus den Unterhänden gerufen hatte, an der Grenze des Schmalen. Da war ich Neuge dieses angedeuteten Gesprächs:

„Erlauben Sie Hochwürden“, sagte er mit diesem Ernst im Gesicht, „daß ich Ihnen meinen „Do, io“, Erlaubnis aus Afrika vorstelle.“ „Do, io“, Erlaubnis dieser vernünftigen, „mer schenkt es selbst meine, wenn die Reile aber ihren Schwanz aufmachtet merk mer gleich, daß sie aus dem schwarzen Rinde Bade' kammert!“ „Wer von den lieben Lesern wohl die Namen kennt?“

(Aus Nr. 28 des „Markgräfler“.)

Kunst und Wissenschaft.

Herrn Dr. Wilhelm Brambach, der langjährige Vorstand der (Soz-) und Landesbibliothek in Stuttgart, ist am 17. Dezember seinen fünfundsiebzigsten Geburtstag im heimlichen und fürstlichen Kreise. Der hochverdiente Gelehrte, der 1841 in Bonn geboren ist, studierte unter Friedrich Nitzsch an der dortigen Universität die klassischen Altertumswissenschaften, dort promovierte er 1864 zum Dr. phil., dort habilitierte er sich auch. Er war als Student, 1882, war er Amanuensis, 1890 Assistent an der Universitätsbibliothek. 1890 erhielt er einen Ruf als außerordentlicher Professor nach Freiburg i. Br., wo er schon nach 2 Jahren zum Ordinarius, 1870 zum Ordinarius für die Bibliothek an der Universität ernannt wurde. Am 3. Juli 1872 siedelte er nach Karlsruhe über, um hier als Bibliothekar der Landesbibliothek am Friedrichsplatz amtierenden Bibliothekar bis 1901 eine unerwartete, aber wirkende organisatorische und wissenschaftliche Tätigkeit zu entfalten. Unter und neben dieser Arbeit mit reichem Erfolge schaffte er sich die Werke, Fr. Lamen und Hfr. Bolder, der sein amtlicher Nachfolger wurde.

Fürsorgemaßnahmen für verdrängte Kriegsgeschädigte.

Darlehen für Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe.

Berlin, 16. Dez.

Die in der sogenannten Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Interessengruppen der Liquidations- und Gewaltgeschädigten haben an den 22. (Entschädigungs-) Ausschuss des Reichstages eine Denkschrift gerichtet, die sich mit Vorschlägen für die Einleitung einer Darlehensaktion für den gewerblichen Mittelstand und die Angehörigen der freien Berufe befaßt, soweit die in Betracht kommenden Personen als Verdrängte Kriegsgeschädigte gelten können und dafür nur nach den augenblicklich geltenden Entschädigungsvorschriften abgefunden worden sind. In der Begründung der Denkschrift wird darauf hingewiesen, daß die in Rede stehenden Kategorien der Kriegsgeschädigten in den bisherigen Entschädigungszahlungen keine hinreichende Grundlage für den Wiederaufbau ihrer bei oder nach Kriegsende verrichteten Erzeugnisse erhalten hätten. Infolgedessen sei bei einem Teil dieser Kriegs- und Liquidationsgeschädigten der wirtschaftliche Wiederaufbau entweder stark gefährdet oder vereinzelt sogar schon wieder gescheitert. Um diesen oft genug von Pfändung bedrohten Personen wieder etwas wirtschaftliche Bewegungsfreiheit zu geben, hat die Arbeitsgemeinschaft vorgeschlagen,

an die gewerblich tätigen Verdrängten usw. Darlehen zu bewilligen,

die sich im allgemeinen im Rahmen von 10 Prozent der festgestellten Kriegsschäden halten sollen. Der Mindestbetrag eines Darlehens soll 3000 RM. ausmachen, als obere Grenze soll indessen bei Anrechnung der früheren Entschädigungszahlungen der Gesamtbetrag von 70 Prozent des Kriegsschadens nicht überschritten werden. Abgegeben von den bei Schadeneintritt selbständigen Gewerbetreibenden sollen

auch die Angehörigen der freien Berufe auf die Bewilligung der Darlehensdarlehen Anspruch haben.

Den Gesamtausgabebedarf für diese neue Fürsorgeaktion im Interesse der verdrängten Kriegsgeschädigten berechnet die Arbeitsgemeinschaft auf rund 150 Mill. RM.

Zur mündlichen Verhandlung über diese Denkschrift fand dieser Tage im Reichsfinanzministerium eine ausführliche Besprechung zwischen dem Reichsfinanzminister und den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft statt. Diese weisen erneut darauf hin, daß die wirtschaftliche Not vieler Geschädigten es unmöglich mache, mit weiteren Zahlungen an sie zu warten bis nach dem für Ende Januar 1927 erwarteten Spruch des Dawes-Auslegungsschiedsgerichts die Ausarbeitung der endgültigen Entschädigungsvorschriften durchgeführt worden sei. Ferner wurde auf die unterschiedliche Behandlung der Verdrängten gegenüber den sogenannten Abem- und Abzugsgeschädigten verwiesen, deren Entschädigungsansprüche wesentlich günstiger und schneller erledigt werden seien. Nach den vom Reichsfinanzminister abgegebenen Erklärungen ist

die Reichsregierung unverändert der Auffassung, daß der Abschluß der Entschädigungsgesetzgebung erst nach Vereinbarung des erwähnten Schiedsgerichtes vorzunehmen sei.

Bis dahin soll den alten und erwerbslosen Verdrängten noch Mithilfe aus dem Härtefonds der Entschädigungsbehörden gehalten werden. Auf den weitergehenden Antrag an den Entschädigungsausschuss des Reichstages wegen der als notwendig bezeichneten Mittelstandsdarlehen äußerte sich der Reichsfinanzminister zunächst nicht bindend, er bezeichnete

als er sich selbst auf die Leitung des Münzkabinetts zurück. An anderen Anerkennungen seiner Verdienste durch Staat und wissenschaftliche Gesellschaften fehlte es Geh. Rat W. Brombach nicht, der in überreicher Zurückhaltung und Bescheidenheit seines nur auf reinste Sachlichkeit gerichteten Wesens zu machen sonntagen Ergrünen keinen Gebrauch zu machen pflegt. Ein ihm gewidmelter Beitrag von Karl Preisendanz in der „Branche“ des nächsten Sonntags wird Wilhelm Brombachs wissenschaftliche Bedeutung und Leistung würdigen.

Ein kleines Feuilleton.

Das fliegende Geschloß. Der amerikanische Ingenieur Elmer Sperry ist durch die Verleihung der höchsten Verursachungsmedaille ausgezeichnet worden. Die Auszeichnung hängt mit den erfolgreichen Versuchen zusammen, die Sperry mit der drahtlosen Steuerung von Lufttorpedos angestellt hat. Wie die Mitteilungen besagen, war der Erfinder kurz vor dem Waffentest am 1. November 1918, als er ein Flugzeug automatisch mit Hilfe drahtloser Einwirkung genau gegen ein 35 Meilen entferntes Ziel steuern konnte. Das Experiment wäre nach

indessen den Plan der Kredithilfe an solche Geschädigte, die wirtschaftlich lebensfähige Betriebe besitzen, sich jedoch in einer vorübergehenden Notlage befinden, als „durchaus impraktisch“. Nach der gleichzeitigen Zusage des Ministers soll die Erörterung über den aufzubringenden Geldbedarf und die näheren Unterlagen für eine Darlehensaktion beschleunigt stattfinden, so daß schon für die nächste Zeit mit einer Entscheidung zu rechnen wäre. In den Verhandlungen dürfte auch der Entschädigungsausschuss des Reichstages beteiligt sein.

Deutsches Reich

Neue Verurteilungen Deutscher durch ein französisches Kriegsgericht.

Paris, 16. Dez. Das französische Kriegsgericht verurteilte vier junge Leute aus Trier zu je acht Tagen Haft und 80 RM. Geldstrafe, weil sie sich angeblich „ungehörlich“ gegen die Besatzungstruppen benommen haben sollen. Ein Arbeiter und ein Landwirt erhielten wegen angeblichen Waffenbesitzes 25 und 50 RM. Geldstrafe.

Um die Verlängerung der Getreidezölle.

VDZ, Berlin, 1. Dez. Der Handelspolitische Ausschuss des Reichstages hat die Verordnungen zwecks Aufrechterhaltung der ermäßigten Agrar- und Mehlzölle bis 31. März 1927 gegen Deutschnationale, Bäckische und Kommunisten angenommen.

Verlängerung des Gesetzes über Einstellung des Personalabbaus?

Berlin, 15. Dez. Dem Reichstag ist ein Antrag der Regierungsparteien zugegangen, der auch von den Sozialdemokraten unterstützt ist und das Gesetz über die Einstellung des Personalabbaus, dessen Geltungsdauer am 31. Dezember er. abläuft, bis zum 31. Juli nächsten Jahres verlängern will.

Die Umbildung des Reichsfinanzministeriums.

VDZ, Berlin, 1. Dez. Der Haushaltsausschuss des Reichstages beschäftigte sich heute mit der Denkschrift über die Umbildung des Reichsfinanzministeriums. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß die Umbildung nicht dem Sinne und Geiste des Beamtengesetzes entspreche. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold erklärte, daß er mit dem Ausschuss einig gehe, das Verursachementum gegen Antantung seiner Rechte zu schützen. Selbstverständlich haben bei der Umbildung des Reichsfinanzministeriums, die Notwendigkeit gewesen sei, politische oder persönliche Gründe in keinem Falle mitzugesprochen. Die Angelegenheit wird im Beamtensauschuss weiter besprochen werden.

Sozialpolitische Rundschau

Um das Arbeitszeitgesetz.

Der Gesamtverband des Gewerkschaftsbundes deutscher Arbeiter, Angehörigen und Beamtenverbände trat im Reichstagsgebäude zu einer Beratung des Arbeitszeitproblems zusammen. In der Debatte wurden die im Reichstag beantragten Kompromißvorschlüsse zu dem von den drei gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen geforderten Arbeitszeitregelung erörtert. Diese Vorschläge wurden einstimmig als völlig unbedienbar und ungenügend bezeichnet.

Schiedsgericht in der Schuhindustrie.

Berlin, 16. Dez. In dem Lohnstreit in der deutschen Schuhindustrie wurde heute von der Reichsarbeitsministerin tagenden Schiedskammer ein Schiedsgericht gefällig, der für die Zeitschlichter und einem Teil der Affordarbeiter eine Lohn-erhöhung von ungefähr 11 Prozent für die Zeit vom 20. Dezember 1926 bis zum 30. Juni 1927 vorschlägt. Die Parteien haben sich bis zum 20. Dezember zu erklären.

Badischer Landtag

Erledigung kleiner Vorlagen.

Karlsruhe, 16. Dez.

Wohl in der Erwartung, daß in der Nachmittagsitzung des Badischen Landtages die Regierungsvorlage über eine Weihnachtsbeihilfe an die badischen Beamten zur Debatte gestellt werde, haben sich auf den Tribünen neben Erwerbslosen zahlreiche Angehörige des Beamtensandes eingefunden. Diese Vorlage wird aber voraussichtlich erst Freitag nachmittag zur Beratung kommen, da zur Zeit noch die Frage der Verteilung im Ausschuss erörtert wird. Zur Erledigung gelangte die Vorlage des Staatsministeriums über die Vinderung der Umwelterhöhen im vergangenen Sommer. Dem Antrag der Regierung gemäß wurde einstimmig beschlossen, einen Betrag von 100 000 M. sofort zu bewilligen und sie zur Auszahlung zu bringen. Zur Regelung der Hagelschäden in Baden ist bereits ein Betrag von 1 1/2 Millionen Mark über die im Staatshaushalt für diesen Zweck vorgesehene Summe veranschlagt worden.

Ferner wurde ein Gesuch der Handelskammer für den Amtsbezirk Forstheim in Bezug auf die deutsche bzw. Pforsheimer Edelmetallindustrie und die deutschen Handelsvertragsverhandlungen mit dem Auslande der Regierung empfehlend überwiesen. Der Antrag des Haushaltsausschusses sieht die Einziehung eines badischen Vertreters bei künftigen Vertragsverhandlungen mit dem Auslande vor.

Als letzter Punkt der Tagesordnung wurde ein Antrag der kommunistischen Gruppe gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Dieser Antrag befaßte sich mit der Aufstellung von Weihnachtspaketen an die Strafgefangenen. Berichterstatter (Hr. Ehrlich) erklärte, Justizminister Trunk habe im Ausschuss mitgeteilt, es handle sich um ca. 3000 Gefangene. Die Überprüfung der Pakete sei zu schwierig. Die Annahme, daß der Antrag propagandistischen Zwecken diene, sei nicht von der Hand zu weisen. Diese Bedenken teilt auch der Berichterstatter.

Das Haus vertagte sich auf Freitag vormittag 9 Uhr. Schluß 1/2 5 Uhr.

Berschiedene Meldungen

Motta zum Bundespräsidenten gewählt.

Bern, 16. Dez. Die Vereinigte Bundesversammlung hat mit 155 von 165 gültigen Stimmen den bisherigen Vizepräsidenten des Bundesrates, Giuseppe Motta, zum Bundespräsidenten für das Jahr 1927 gewählt. Zum Vizepräsidenten wurde gewählt Bundesrat Schulthess. Zum Präsidenten des Bundesgerichts für 1927/28 wurde von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt Dr. C. Kirchhofer und zum Vizepräsidenten Dr. E. Hoffel.

Militärischer Aufstand in Portugal?

Paris, 16. Dez. Havas berichtet aus Lissabon: Wie gerüchtweise verlautet, ist ein militärischer Aufstand im Süden Portugals ausgebrochen. Die Regierung soll Truppen entsandt haben, um die Aufständischen zu bekämpfen.

Erdbeben in der Schweiz.

WTB, Zürich, 16. Dez. Ein ziemlich heftiger Erdstöß wurde gestern nachmittag 2.50 Uhr in der Gegend zwischen Bern und dem Bieler See verspürt und von allen Apparaten der Schweizerischen Erdbebenwarte registriert. Nach einem Bericht aus Freiburg (Schweiz) ist dort schon kurz vor 2 Uhr ein Erdstöß wahrgenommen worden, den man im Saanetal bis nach Bellegarde verspürte.

seinem eigenen Kral ausgeführt habe. Es ist übrigens bezeichnend, daß nicht nur die Kirche, sondern auch die Behörden und Körperschaften gegen den Charleston vorgehen. So in den Läden von Johannesburg eine Befestigung angebracht, die den Verkäufern und Verkäuferinnen schwere Strafen und im Wiederholungsfall sofortige Entlassung androht, wenn sie fortfahren, den Charleston hinter dem Rücken zu üben.

Das englische Alphabet soll vereinfacht werden. Ueber 4 Milliarden Mark Erparnis? Professor Godfrey Denny von der amerikanischen Harvard-Universität hat dem in Philadelphia versammelten Konvent der englischen Sprachforscher eine Denkschrift unterbreitet, in der er dringend eine Revision des englischen Alphabets fordert mit der Begründung, daß die Vereinigten Staaten dadurch jährlich 1000 Millionen Dollars sparen würden. Professor Denny schlägt ein Alphabet von 24 Konsonanten, 18 Vokalen, 4 Diphthongen und einem eigenen Zeichen für das Wort „the“ vor, das, wie er ausführt, allein durchschnittlich 7 Prozent des Raums einer Druckseite verbraucht. Der Professor führt weiter aus, daß ein Alphabet auch weniger Zeichen beanspruchen würde, um das Wort „thought“ wiederzugeben, das heute sieben Buchstaben verlangt, nach Denny's Reformmethode aber nur noch drei beanspruchen würde. Er betont, daß es mit Einführung des neuen Alphabets möglich sein würde, dünnere Bücher und Zeitungen und andere Drucksachen in kleinerem Format herzustellen. Dadurch würde weniger Papier, Saß und Druck erforderlich sein, wodurch Erparnisse in der angegebenen Höhe erzielt werden könnten.

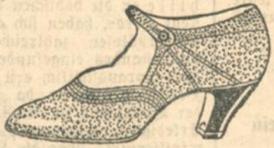
Vorsitzender: „Warum führen Sie so schnell mit Ihrem Auto?“ Angeklagter: „Damit der Typo die Nummer nicht sehen sollte.“ Vorsitzender: „Warum sollte er die Nummer nicht erkennen?“ Angeklagter: „Weil ich so schnell fuhr?“

Das Charleston-Fieber, das in der letzten Zeit in Kapstadt, Johannesburg und anderen Städten Südafrikas sehr heftig auftritt, wird von der dortigen Kirche lebhaft bekämpft. Sie erklärt, daß der Charleston ein Kaffern-Tanz sei und das Ansehen der weißen Bevölkerung bei den Eingeborenen Südafrikas in hohem Maße schädige. Der Reverend Palmer, Dekan von Johannesburg, der zwanzig Jahre seines Lebens als Missionar unter den Eingeborenen Südafrikas verbracht, hat eine Reihe von Photographien verwiesseltigen lassen, die er vor zehn Jahren aufgenommen hat und die deutlich zeigen, wie Dantuneger damals den Charleston tanzten. Ein anderer Missionar bemerkt, man meine den Charleston einen modernen Tanz. Er habe aber schon vor neunzehn Jahren in den Dschungeln Afrikas bei diesem Tanz in den Dämonen beobachtet. Wenn ein Südafrikanischer Eingeborener heute den Europäer beim Tanze läche, so müße er sich wundern, warum die Missionare so eifrig darauf bedacht seien, die alten Sitten auszuwurzeln. Denn er finde beim Europäer genau die barbarischen Tänze wieder, die er selbst vor der Tätigkeit des Missionars in

seinem eigenen Kral ausgeführt habe. Es ist übrigens bezeichnend, daß nicht nur die Kirche, sondern auch die Behörden und Körperschaften gegen den Charleston vorgehen. So in den Läden von Johannesburg eine Befestigung angebracht, die den Verkäufern und Verkäuferinnen schwere Strafen und im Wiederholungsfall sofortige Entlassung androht, wenn sie fortfahren, den Charleston hinter dem Rücken zu üben.

Vorsitzender: „Warum führen Sie so schnell mit Ihrem Auto?“ Angeklagter: „Damit der Typo die Nummer nicht sehen sollte.“ Vorsitzender: „Warum sollte er die Nummer nicht erkennen?“ Angeklagter: „Weil ich so schnell fuhr?“

**Preiswerte
Weihnachtsgeschenke!**



Sie brauchen, wenn Sie zu uns kommen, von Schuhen nichts zu verstehen, in unseren Lagern befindet sich nicht ein Paar Schuhe, das in der Qualität minderwertig ist. Jedes Paar ist von guter Qualitätsbeschaffenheit. Sie werden mit Mode- und Sachverständnis beraten und bedient.

Damen- u. Herren-Schuhe

Boxcalf, Lackleder, Wildleder
Brokat und hellfarbige Leder

8⁵⁰ 10⁵⁰ 12⁵⁰

Schuhhaus Stern

Karl-Friedrichstraße 22.

Sonntag geöffnet.

**Badisches
Landestheater**
Freitag, den 17. Dezbr.
* F II (Freitagmiete)
Tz. Gem. 801-900.

**Die
Puppenfee.**
Mitt. von Joh. Bener.
Einführt von Edith
Stiefel, Mitt. Zeit.
Dr. Helma Knoll.
Hierauf:
**Klein Idas
Blumen.**
Tanzspiel von Paul
von Alenau.
Einführt von Edith
Stiefel, Mitt. Zeit.
Dr. Helma Knoll.
Anfang 8 Uhr.
Ende nach 10 Uhr.
Sa. 18. Dez. nachm.:
Süda. Droschkebarr.
abends: Danton. So.
19. Dez. nachm.: Gar-
men; abds. Mida. Im
Konserth: Zum ersten
mal: Die Durdgänge-
rin.

Grammophon-

**Apparate
Platten**
große Auswahl

H. Maurer
Kaiserstr. 176
Ecke Hirschstr.

COLOSSEUM
Heute 8 Uhr zum ersten Male
Der Föhn

KAMMER-LICHTSPIELE
Kaiserstr. 168. Tel. 3053, Haltest. Hirschstr.
zeigt ab heute
**Wieder
ein Doppelspielplan**
DIE ASSMANN'S
Der Nationalgroßfilm nach
dem Roman von Courth-
Mahler mit Bruno Kastner,
Grete Reinwald usw.

SCHWEIGEN
**DAS HOHELIED
DER VATERLIEBE**
Ein Drama in 8 Akten
Neueste Emelka-Wochenschau
Beginn der Vorstell.: 3 Uhr 30, 5, 7 u. 9 Uhr

Einzeloerkauf von Fabrikaten
Säbi. Gardinen-Webereien
Schönste Weihnachtsgeschenke
für die Hausfrau sind:
Stores, Gardinen, Bettdecken, De-
korationen in allen modernen Ausführungen.
Tischdecken, Diwanddecken
Bettvorlagen
Paul Schulz
Waldstraße 33, gegenüber dem Colosseum

Willkommene
Weihnachtsgeschenke

Diwanddecken, Gobelin, Perser- u. moderne Muster
300x150 cm von Mk. 19.50 an
Tischdecken, Gobelin, Perser- u. moderne Muster
150x180 cm von Mk. 12.00 an
Tischdecken, Gobelin, Perser- u. moderne Muster
rund von Mk. 12.00 an
Tischdecken, schwerste Kunstseide, aparte Muster
in allen Farben von Mk. 7.50 an
Wandbehänge, Gobelin, Moquette, Bilder- und
Persermuster von Mk. 12.00 an
Diwanddecken, Moquette bis zu den feinsten
Qualitäten von Mk. 36.00 an
Tischdecken, Moquette u. Chenille in wunderbaren
Imitationen von Mk. 12.00 an
Reise- u. Autodecken, in Mohairwolle u. Kamelhaar
von Mk. 21.00 an
Verbinder, Brücken, Felle, Bettvorlagen von Mk. 2.50 an

Teppiche in allen Größen und Preislagen
Größte Auswahl / Teilzahlung gestattet / Billigste Preise.

Teppich-Haus Carl Kaufmann
Karlsruhe, Kaiserstraße 157, 1 Treppe hoch
Gegenüber der Rhein. Creditbank.

Was ist Melodiphon?
Melodiphon ist der neueste Erfindungs-
apparat. Die Wiedergabe des Tones ist
ein Ereignis für jeden Musikfreund. Der
billige Preis und die erleichterte Zahlungs-
weise ermöglicht einer jeden Familie den
Apparat anzuschaffen.
Alleinvertretung:
Wilhelm Gatter, Kaiserstraße 14

**Börsen-
Interessenten**
erhält. Gratisnummern
der seit 20 J. erschein.
vertraul. Börseninforma-
tionen von Bankier
S. Streubel, Berlin
SO 33, Laborstraße 12.

René Kopp
der elegante Damen- und Herren-
Frisier-Salon
August Dürerstraße 7 (am Schmeldeplatz)
Fernsprecher 6336
Bublkopf-Schneiden und -Pflegen
nur erstklassig

Württembergischer Hof
Ede Umland- und Goethestraße
Dürkheimer Rotwein Str. 0.40 10 Str. 8.50
Weissenheim. Riesling Str. 1.70 10 Str. 16.-
Die übrigen Weine entsprechend billig
Freitag Schlachtfest

Taschentücher
Berichtigung
des Inserats voriger Nummer:
Statt der aufgeführten Bezeichnung
Dutzend muß es heißen 1/2 Dutzend
Gebrüder Eißlinger

**BIELER'S
Puppen-Haus**
mit er-ter Karlsruher
Puppen-Klinik
Größte Auswahl von
Puppen von den ein-
fachen bis zu den fei-
nen Ausführungen.
Ersatzteile jeder Art:
Köpfe, Perücken, Arme,
Beine, Schuhe,
Strümpfe, Anzüge
Bekannt gute Ausfüh-
rung und bekannt billige
Preise.
H. Bieler Kaiserstr. 22.
H. Bieler westl. d. Hauptp.

ICH HABE MICH ALS
RECHTSANWALT
AM LANDGERICHT
KARLSRUHE NIEDERGELASSEN
KANZLEI: KARLSTR. 87, 1 TREPPE
TELEFON NR. 2739
FRIEDRICH SCHÖN
RECHTSANWALT.

Lichtpausen
schnellsten von Egalid-
Lichtpausen m. elektr.
Stationsmaschine.
Preis 11.00.
Kaiserstraße 148.
Pausen werden auf tel.
Anruf 1072 abgeholt u.
ausgestellt. Vertrauliche
Behandlung.

Goldener Anker, Mühlburg
Telephon 2588 — Lameystraße
Für die bevorstehenden Weihnacht-
Feiertage empfehle ich meine anerkannt
billigen
Weiß- und Rotweine Liter Mk. 1.-
Flaschenweine Flasche Mk. 0.90
Südweine — Spirituosen aller Art
la Obsbrantwein 1/2 Flasche Mk. 2.40
D. Karcher.

Resi Waldstr.
Ab heute:
„Seine Privatsekretärin“
Norma Shearer, Lew Cody
und **Willard Louis** 7 Akte
in „Seine Privatsekretärin“ Komödie
in 2 Akten
„Peggy als Detektiv“
Seidenbau in Deutschland
aufgenommen mit Unterstützung des „Gemeinnützigen
Verbandes für Seidenbau in Deutschland“ e. V., Berlin
Nach Locarno mit der Lötschbergbahn
aufgenommen von der Kulturfilm-Abteilung.

Albert Gellert.
Roman
von
Carl Traut.
Copyright by Verfasser, Krefeld.
(49) (Nachdruck verboten.)
Erich war wieder ernst geworden. „Ich weiß
es nicht.“
„Herrgott! Ihr Freund wird ganz sicher längst
über alle Berge sein. Er sitzt zu Hause und
ängstigt sich um uns.“
„Was hilft es, wenn ich Ihnen verspreche, wir
fahren dahin oder dorthin? Kommt irgendwo
ein Wendepunkt, dann werde ich in irgend eine
Richtung getrieben, ob ich will oder nicht! Ich
werde von einer Macht beherrscht, gegen die
mein Wille nicht aufkommen kann.“
Biesling war vollkommen ratlos. Unstreitig
lag hier eine starke magnetische Beeinflussung
durch den Japaner vor, von der Erich sich frei-
bewahren ließ, weil er, wohl unbewußt, seinen Willen
im Fahrwasser offener Phantasieren aus-
geschiffelt hatte.
„Es ist die einzige Hoffnung, die mir bleibt,
den Freund wiederzufinden“, sagte Erich leise.
„Wenn Ihre Fabriken noch nach irgend einem
festgelegten Plan vor sich gingen, könnten Sie
mich meinewegen den Jenissei hinunter ins
Sibirien schleppen. So aber — — —“
Nikolajewski!
Erich sprang auf, griff nach dem Handgepäck!
Biesling sah ihn an beiden Schultern und
drückte ihn auf seinen Sitz zurück. „Das geht
nun wirklich zu weit! Schluss! Ich werde Ge-
walt anwenden, wenn Sie jetzt nicht vernünftig
werden.“
Erich lächelte müde. „Gewalt würde Ihnen
auch nichts helfen. Ich glaube, daß ich mich ohne
Rückacht auf die Gefahr aus dem fahrenden
Zug hinausstürzen müßte. Lassen Sie bitte los,
Herr v. Biesling! Wenn Sie nicht mehr mit-
machen wollen, nehme ich es Ihnen wahrhaftig
nicht übel.“

Erich rief Biesling von ihm ab. Ohne
ein weiteres Wort der Widerrede nahm er das
Handgepäck und folgte Erich, der den Zug be-
reits verlassen hatte.
Der Anschlußzug nach Semirpalatinsk stand
zur Abfahrt bereit. Nachdem sie im Wartesaal
noch schnell einen kleinen Imbiss genommen,
stiegen sie ein. Es war eine endlose Fahrt durch
eine öde Gegend. Fast vierundzwanzig Stun-
den hatte das Schneetempo des Zuges ge-
braucht, sie bis Semirpalatinsk zu bringen. Als
der halberfallene kleine Bahnhof in Schweite
kam, bemächtigte sich Erichs eine starke Erre-
gung. Er sprang auf, stellte sich ans Fenster,
durchließ das schmale Asteil, sehte sich wieder,
um bald das Spiel von neuem zu beginnen.
Dann schleiften die schweren Räder über die
Schienen. Ein Ruck! Sie standen im Bahnhof!
Erich stand auf dem Bahnsteig, noch ehe der
Zug recht zum Halten gebracht war. Biesling
folgte ihm hastig. Er sah, daß der Gefährte sich
rücksichtslos seinen Weg durch die dichtgedrängte
Menge der bedackten Landbevölkerung erzwang.
Mit großen Schritten kreuzte er dem Wartesaal
zu. Biesling eilte an seine Seite.
Sie betraten den Wartesaal.
Da geschah das Unglaubliche, vor dem Bies-
ling, wie er sich später, als er wieder zu klarem
Denken gekommen war, eingestehen mußte,
seinen ganzen Skeptizismus zusammenbrechen
sah.
Ein Aufschrei aus zwei Menschenseelen.
Ein Jubelschrei, vor dem die Umwelt versank!
Zwei Männer lagen sich in den Armen trotz
Hinterbewaffneter Kosaken und Sowjet-Kom-
missar.
Biesling schoß das bekannte Hamletzitat durch
den Sinn. Er sah sich und seinen Verstand
ganz winzig zusammenschrumpfen; vor den un-
fassbaren Dingen zwischen Himmel und Erde
stand er mit der Hilfslosigkeit eines Schul-
jungen.
*
Am nächsten Tage entführte die Eisenbahn die
Freunde und ihre freiwillige und unfreiwillige
Gefolgschaft unter Leitung Bagittschoffs dem

unermesslichen Reich der Ebenen, der Berge,
Wälder und Sümpfe und brachte sie in einer
zehntägigen Fahrt über das Uralgebirge in den
Lärm der Großstadt und in den dichten Qualm
der Fabriken.
Moskau! Das neue Moskau unter der Herr-
schaft des Bolschewismus.
Albert bekam von ihm nur etwas durch seine
Machtüber zu hören. Denn als sie Moskau
erreicht hatten, war der Tag der ersten Tren-
nung zwischen ihm und Kabula herangekommen.
Aber er wußte sie in der Dohut treuer Freunde.
Besonders die Anwesenheit des mit dem Mos-
kauer Leben bekannten Bolschewistensekretärs
von Biesling war ihm ein Trost.
Bagittschoff führte Albert persönlich zum
Kremel, der Regierungsbürg der Bolschewismus.
Aber erst nach Erledigung einer Unmenge For-
malitäten wurden sie eingelassen. Albert staunte
über die verschwenderische Pracht dieses Kieles-
baues. Ueberall noch die Eleganz der Zarenzeit!
Selbst in dem engen Vorzimmer, in dem er auf
Bagittschoffs Rückkehr warten mußte. Es dauerte
ziemlich lange. Inzwischen konnte er sich von
dem Selbstgefühl der Sowjetführer ein Bild
machen. Wie die Korridore, durch die sie geführt
worden waren, von Rotgardisten wimmelten, so
hatte jede Tür einen Doppelposten mit auf-
geplanztem Bajonett. Selbst in diesem kleinen
Vorzimmer waren vier Tischeisen an zwei
Türen aufgestellt. Mehr hat auch der Zar nicht
um sein Leben gebangt als die Führer des
heutigen Russland.
Endlich öffnete sich geräuschlos die Tür zum
Nebenzimmer, hinter der Bagittschoff verschwun-
den war. Das gutmütige intelligente Gesicht
seines Metters erschien im Türrahmen und
winkte Albert heran.
„Wenn Sie vernünftig sind, können Sie in
ein paar Stunden auf freiem Fuß sein.“ Flü-
sterte er ihm zu.
Dann stand Albert vor einem Mann, der an
einem großen Schreibtisch hinter einem Berg
von Arbeiten fast verborgen lag. In einem
typisch russischen, breiten Gesicht ein Paar scharfe,
flughäufige Augen. Nervöses Zucken um den
fest verschlossenen Mund! Die Finger im Spiel

mit einem silbernen Bleistift! Bourgeois-
manieren!
Aber der Mann flößte Achtung ein! Albert
verbeugte sich leicht.
„Sie haben eine Erfindung gemacht“, sprach
er Albert in fließendem Deutsch an. „Eine Er-
findung, wonach es möglich sein soll, auf dem
Wege der Synthese durch tierische Seitenzelle
und Zufuhr von chemischen Säuren einen Sei-
denfaden herzustellen, der nicht nur stärker und
dauerhafter, sondern auch qualitativ besser sein
soll, als der Faden der Seidenraupe. Zudem
soll nach Ihrer Berechnung der Verfertigungs-
preis sich auf ein Viertel des Preises der
natürlichen Seide stellen. Bin ich recht unter-
richtet?“
Albert sah Bagittschoff verwundert an. Der
nicht ihm aufmunternd zu Er schüttelte den
Kopf. Die Zusammenhänge waren ihm im
Augenblick noch nicht klar. Er kam hierhin
unter der Anklage eines zweifachen Mordes.
Ohne darüber ein Wort zu verlieren, sprach der
Mann über seine Erfindung, als wenn er bis
in die kleinsten Einzelheiten mit derselben ver-
traut sei.
Ja so, Bagittschoff! Der hatte wohl geklau-
bert! Der hatte seinen Schützling interessiert
machen wollen. Albert suchte die glänzende
Situation auszunutzen. Und so unterwarf er
endlich befreit von dem schweren Druck, der seit
Monaten auf ihm lastete, leichten Vergnügen,
tragen von den starken Flügeln der Phantasie,
einen Flug in das Reich seiner Erfindung, malte
wirtschaftliche Zukunftsmöglichkeiten enormer
Ausmaße aus und schloß mit dem prophetischen
Wort von der weltbeherrschenden Stellung, die
Deutschland sich ganz sicher wieder zurückerobern
würde trotz aller neidischen Gegenarbeit der
Westmächte. „Deutschland ist der erste Kontinent
der Weltkultur. Mein Erfolg ist ein kleiner
Schritt im Bereich des breiten Frontalangriffes
zur Beherrschung aller Geheimnisse auf tech-
nischem und chemischem Gebiete, die noch tief im
Schloß der Zukunft ruhen. Wir werden sie haben,
zum Segen des Vaterlandes.“
(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Stadtkreise

Zauber seliger Kindheit.

Meine Kindheit war so voller Freude, daß mir immer wehmütig zu Sinn wird, wenn ich ihrer gedenke.

Es ist so schön, wenn zwischen einer Mutter und einem Kinde viel Neuschnee gewesen ist und nicht alles ausgeplaudert werden durfte.

Ich bin meiner Mutter so dankbar, daß sie mir mein herbes, süßes Kindsein ließ.

Ruh bin ich groß und werde das Glück nicht los, daß nur das Kindsein geblieben ist.

Zauber seliger Kindheit weht mich süß und heimlich an.

Eine Sonderbeilage für die Kinder

wird die morgige Nummer des „Karlsruher Tagblatt“ bringen. Die Weihnachtsgabe ist von dem als Jugendschriftsteller seit Jahrzehnten allerorten geschäftigen, seit dem Krieg im benachbarten Gerrenalb wohnenden Dichter Dr. Richard Holzmann für die Jugend an eigenen Beiträgen ausgewählt und redigiert.

Badische Gedenktag.

Am 17. Dezember 1688 ergab sich im Dreißigjährigen Krieg die von dem Kommandanten von Breisach lange und tapfer verteidigte Festung Breisach dem Herzog Bernhard von Weimar.

Paketannahme am Sonntag, 19. Dezember. Am Sonntag vor Weihnachten ist die Paketannahme und Paketabgabe des Postamts I (Kaiserstraße) und II (Sbfh.) von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags geöffnet.

Verollnung von Weihnachts-Postpaketen. Am zweiten Weihnachtstages, 26. Dezember, ist die Postvollstreckung des Hauptpostamts Karlsruhe, Müppurrerstraße, für das Publikum von 10 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags geöffnet.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 45 enthält Verordnungen des Staatsministeriums über die Einrichtung der Kriminalpolizei nach der Gerichtsverfassung und Strafprozessordnung; des Ministers der Finanzen über die elektrische Straßenbahn in Forzheim; des Ministers des Innern über die Aenderung und Verordnung über den Vollzug der Gemeindeverordnung vom 27. Oktober 1922; über die

Aenderung der Verordnung vom 30. März 1922; Geschäftsordnung für die Bürgerausschüsse und Gemeindeversammlungen.

Weißes Bauerntheater im Colosseum. Die Leitung hat bereits angekündigt, daß die Troupe nicht mehr lange hier sein wird.

Lustspiel. Der Lustspielverkehr ruht an beiden Weihnachtstagen, am Neujahrstag und am 2. Januar (Sonntag), weil an diesen Tagen keine Flüge verkehren.

Zur großen Arme.

Ein Kriegsteilnehmer von 1870/71, Anton Peter, ist gestorben.

Badischer Automobilklub. Die am 11. Dez. abgehaltene ordentliche Generalversammlung war stark besucht und gab einen Ueberblick über die im vergangenen Geschäftsjahr verrichtete umfangreiche Tätigkeit des Klubs auf allen den Kraftfahr-Sport und Verkehr in ganz Baden betreffenden Gebieten.

Außenbruch. Mittwoch abend, kurz nach 9 Uhr, brach bei der Fahrt durch Müppurr die Hinterrad eines mit 6 Personen besetzten Autos.

Festgenommen wurden: ein Arbeiter von Weinheim, der von der französischen Fremdenlegation zurückkehrte und von der Staatsanwaltschaft Darmstadt zur Erhebung einer Gefängnisstrafe wegen schweren Diebstahls gesucht wurde, ein vom Amtsgericht hier gesuchter Gärtner von Bretten, ein Maler von hier und ein Goldarbeiter von Forzheim, die zum Straf Vollzug ausgeschrieben waren, ferner 12 Personen wegen verschiedener sonstiger strafbarer Handlungen.

Chronik der Vereine.

Der Wälder-Waldverein, Ortsgruppe Karlsruhe, hielt am 7. Dezember im Vereinslokal „Zur goldenen Krone“ seine ordentliche Generalversammlung ab.

liche daraus ist, daß neben den zwölf Programmänderungen, durch die sich 24 Wandervertrags das goldene Abzeichen und zwei den Ehrenmitgliedern erwarben, im Rahmen der Karlsruhe Besichtigungsreise am 11. Dezember zu Ehren der Wälder Wälderin Frau Lina Sommer ein „Lina-Sommer-Abend“ veranstaltet werden, die in kultureller Beziehung eine hohe Bedeutung haben.

Der Königin-Verein (Ortsgruppe Karlsruhe) hielt am 9. Dezember im Stadtparkrestaurant (Glashalle) eine Adventsfeier ab.

Gesangsverein Concordia. Der Verein veranstaltete am 9. Dezember eine Familienabend in der „Eintracht“, in dessen Vordergrund ein Lichtbildervortrag des 2. Vorsitzenden, Hauptlehrer Gabel stand.

Neues vom Film. Kammer-Schiffspiele. Ab heute wird wieder ein vorzügliches Programm geboten: ein Film nach dem bekannten Roman von Court-Mahler „Die Ahmanns“ mit Bruno Kastner und Grete Reinwald in den Hauptrollen.

mernden Falter wird. So alt das Thema ist, und so oft es auf der Bühne und im Film abgemandelt wurde, es wirkt immer wieder, besonders wenn es, wie hier, mit solcher Noblesse und so amüsanz bearbeitet erscheint.

Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 15. Dez.: Karl Delbach, Schuhmacher, Chemnitz, alt 72 Jahre. — 16. Dez.: Hugo Selvogt, Architekt, Chemnitz, alt 60 Jahre; Wenkelin Baumann, Eisenbahnoberlebenswache, Chemnitz, alt 47 Jahre.

Tagesanzeiger

Nur bei Aufgabe von Anzeigen gratis. Freitag, den 17. Dezember 1926.

Bad. Landesbühnen: „Die Buppenfee“. „Klein Idas Blumen“, 8-10 Uhr. Colosseum: Abends 8 Uhr. Gastspiel J. Meth. „Der Hahn“.

Wetternachrichtendienst

Der Luftwelle polaren Ursprungs folgt sehr reich wieder ozeanische Barmluft, die bereits Norddeutschland erreicht hat und dort ausgedehnte Regenfälle (Aufgleitregen) verursacht.

Wetternachrichten für Freitag: Wieder milder bei meist westlichen Winden; meist wolfig, in Nordbaden vereinzelt Niederschläge.

Badische Meldungen.

Table with 7 columns: Höhe über NN, Luftdruck in Meereshöhe, Temperatur, Wind, Stärke, Wetter, Beobachter. Rows include Karlsruhe, Baden, St. Blasien, Heidelberg.

Außenbadische Meldungen.

Table with 7 columns: Luftdruck in Meereshöhe, Temperatur, Wind, Stärke, Wetter, Beobachter. Rows include Berlin, Hamburg, Stockholm, London, Paris, etc.

Rheinwasserstand.

Table with 3 columns: Station, 16. Dezember, 15. Dezember. Rows include Karlsruhe, Mannheim.

Advertisement for Pelze (Fur coats) and Mäntel (Coats) by W. Lehmann. Includes text: 'Durch Ersparnis der Ladenmiete ist der preiswerte Einkauf in Pelze und Mäntel'.

Advertisement for Harmonium. Text: 'Pracht-Harmonium mit Aeolscharfe größeres Werk Mk. 485.- Teilzahlung gestattet Th. Kaefler Amalienstr. 67'.

Advertisement for la Rotwein. Text: 'Offertiere 26er la Rotwein eigenes Weinbäumchen aus dem Gemarken Sambach, Dieselsfeld, Matzhammer, Alsterweiler, St. Martin bei Müppurr, je oder mehrere Stück, 300 bis 400 Liter, ab dem 15. bis 18. Dez. b. abtr. Nik. Erh. Ernst, Weinbau, Matzhammer Alsterweiler (Rheinfalz). Bei Barzahlung 20% Die schönsten Weihnachts-Platten Tanz-, Musik- und Gesangsplatten Prima Sprech-Apparate erhalten Sie bei Schill, Amalienstr. 23, Ecke Waldstr. Reparaturen werden fachgemäß u. billig ausgeführt. Auch Teilzahlung'.

Advertisement for Rich. Pahr. Text: 'Anzüge in nur reinwollenen bewährt. Qual für Damen u. Herrn Anzüge zu Mark 50.-, 62.-, 64.-, 73.-, 78.- und 80.- Hosen zu Mark 18.-, 23.-, 24.-, 28.-, 30.- und 31.- Eigene Herstellung Rich. Pahr Mechan. Kleiderfabrik mit Verkaufsgeschäft: Kronenstraße 49'.

Advertisement for Aluminium. Text: 'Mittagstisch oder ermitteln Sie sich u. auf durch eine kleine Anzeig im Karlsruher Tagblatt. Kochtöpfe in großer Auswahl nur Qualitätsware! Billige Preise Nürnberger Karlsruhe Erbprinzenstraße 28 am Ludwigsplatz'.

Advertisement for Riempp-Kaffee. Text: 'Auf jeden Weihnachtstisch Riempp-Kaffee in fein dekorierten 1/4 kg-Geschenk Dosen! Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften!'.

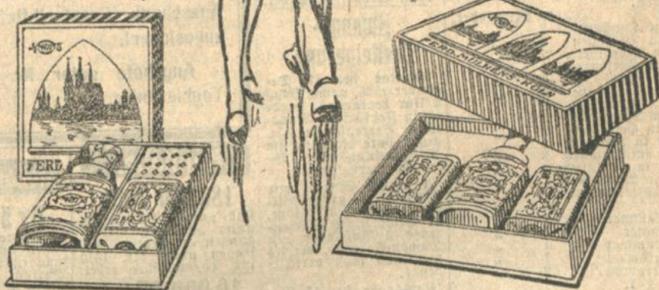
Advertisement for Daniels Konfektionshaus. Text: '10% Extra-Angebot! Auf meine bekannt billigen Preise Rabatt Kinder-Mäntel Kleider, Kostüme Röcke, Pelze etc. Daniels Konfektionshaus Karlsruhe, Wilhelmstr. 36, 1. Etage Keine Ladenspesen! Am Sonntag ab 11 Uhr offen. In deutsche Safel-Butter täglich frisch sowie sämtliche Molkereiprodukte Leopold Hassinger Hirschgasse 35.'.



Was wollten wir noch?

Natürlich "4711"! Denn schenkt man zum Feste "4711" — die führende Weltmarke, so ist man sicher, Freude zu bereiten. Jeder liebt den Duft der "4711", die die Nerven erfrischt und die Stimmung belebt.

Darum besorgen wir noch rasch "4711".



R.M. 2.30, 3.35

R.M. 3.20, 4.25

"4711" Weihnachts-Geschenckpackungen

№ 4711.  **Kölnisch Wasser**

Die evangel.-soziale Frauenschule.

Am 8. Dezember fand in Freiburg im Gegenwart einer ansehnlichen Festversammlung die feierliche Einweihung der vom Evang. Frauenverband für Innere Mission für die Schule zur Verfügung gestellten Räume statt.

In einer programmatischen Ansprache legte darauf die Leiterin der Anstalt, Fräulein Dr. Schenk, die Ziele aller Wohlfahrtsarbeiten, wie sie in den staatlichen Prüfungsbestimmungen festgelegt sind, und die der Evang.-sozialen Schule im besonderen dar und zeigte, wie man dieses Ziel zu erreichen sucht.

schmücken Haus wurden sie von der städtischen Schar der Schülerinnen begrüßt. Nach ihrem Gesang hielt Stadtpfarrer Kattermann als Mitbegründer der Anstalt die Weisrede; er gab allen, die im Hause ein- und ausgingen, als Leihung das Wort der Mutter Jesu auf der Hochzeit zu Kana: „Was er euch sagt, das tut!“

Ämtliche Nachrichten

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt: die Technischen Sekretäre Georg Dreife in Freiburg, Rupert Gut in Mannheim und Paul Sohn in Heidelberg zu Technischen Obersekretären.

Zurückgesetzt: Genbarmerienamtsmeister Leopold Schumann in Steinen, Amt Lörrach.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Zurückgesetzt: Techn. Sekretär Richard Thiele am Landestheater in Karlsruhe.

Gestorben: Kantschelektor Hermann Gue beim Reich. Oberleitungsamt.

Kraft Gesetzes in den Ruhestand getreten: Fachlehrer Paul Mannfeld an der Uhrmacherschule in Karlsruhe.

Sport-Spiel

Wieder ein Boxkampf mit tödlichem Ausgang.

Nach Blättermeldungen aus New York hatte ein Boxkampf in Minneapolis einen tödlichen Ausgang. Der Leichtgewichtboxer Deraj brach kurz nach der sechsten Runde tödlich zusammen.

Winterport

Wetterkundendienst des Ski-Club Schwarzwald. Den Bemühungen des Ski-Clubs ist es gelungen, für die Winterkationen im Schwarzwald, die alle Mitglieder des Hauptvereins sind, die Wetterberichte einmal in der Woche durch Rundfunk bekanntzugeben zu lassen.

Fußball.

Veierheimer F.C. - Germania Durlach. Am Sonntag, 19. Dezember, nachmittags 1/2 Uhr, trafen sich in Veierheim zwei alte Rivalen im Verbandsspiel. Die Durlacher werden alles daran setzen, ihre im Vorjahr erlittene Niederlage wieder auf zu machen und ihren Tabellenstand zu verbessern.

Berichtsaal

bl. Karlsruhe, 16. Dez. Unter der Beschuldigung, 7800 M. unterschlagen zu haben, hatte sich der 49 Jahre alte, hier wohnhafte ledige Buchhalter Anton Schick tanz vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Er hatte die Kasse und Buchhaltung einer hiesigen Firma der Elektrobranche zu verwalten.

dz. Karlsdorf (Amt Bruchsal), 15. Dez. Der 20jährige Elektromonteur Heinrich Schindler, w ein von hier wurde vom Großen Schöffengericht wegen fahrlässiger Tötung der Ehefrau Josef Gern mit Rücksicht auf die Umstände und seine Jugend zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

1100 Karlsruher Kinder ohne Weihnachten!

Für die Weihnachts-Versicherung armer Kinder gingen bei unserer Geschäftsstelle an Geldspenden weiter ein:

Table with names and amounts: R. R. 1.-, Ungenannt 5.-, J. R. 1.-, Anna Giani 2.-, D. 2.-, Ungenannt 3.-, Frau G. aus Durlach 2.-, J. M. 3.-, Ungen. 6.40 Schw. Frcs., R. T. 7.-, N. B. 2.-, H. Müller 2.-, Ungenannt 1.-. Zusammen 81.-, und 6.40 Schw. Frcs. bereits veröffentlicht 605.05, insgesamt 686.05 M. und 6.40 Schw. Frcs. Herzlichen Dank allen Spendern! Weitere Geldspenden nimmt entgegen Karlsruher Tagblatt.

Ämtliche Anzeigen

Berordnung

über die Bildung des Oberbewertungsamts im Bezirk des Landesfinanzamts Karlsruhe

Auf Grund der §§ 1, 3, Abs. 3 u. der §§ 11 bis 15 und 20 der Verordnung über die Bildung der Oberbewertungsämter...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt im Bezirk des Landesfinanzamts Karlsruhe im Jahre 1927 zu wählenden Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Kammer für den Bezirk des Landesfinanzamts Karlsruhe wird ein Oberbewertungsamt gebildet.

Bei dem Oberbewertungsamt werden zwei Kammern errichtet. Eine der Kammern ist Karlsruhe.

Die Kammer für den Bezirk des Landesfinanzamts Karlsruhe ist zuständig.

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Die Gesamtheit der für den Oberbewertungsamt zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder beträgt einhundert, die gemäß § 11 Abs. 1 der Oberbewertungsamtsverordnung...

Kanalbauten.

Die Verfertigung von rd. 1400 Kubikmeter Beton- und Zementrohrkanälen samt der zugehörigen Schachtbauwerken und Einflüssen soll vergeben werden.

Karlsruhe, den 15. Dezember 1926.

Städtisches Tiefbauamt.

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 17. Dezember 1926, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe, im Pfandlokal Herrenstraße 45a, gegen bare Zahlung im Vollstreckungsweg öffentlich versteigern:

Karlsruhe, den 15. Dezember 1926.

Gerichtsvollzieher.

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 17. Dezember 1926, nachmittags 2 Uhr beginnend, werde ich in Karlsruhe, Pfandlokal Herrenstraße 45a, gegen bare Zahlung im Vollstreckungsweg öffentlich versteigern:

Karlsruhe, den 15. Dezember 1926.

Gerichtsvollzieher.

Zu vermieten.

Vom 15. Jan. ab ist in Derrichsstraße 11a ein schön. Zimmer mit Zentralheizung, an Studenten zu vermieten.

Mief-Gesuche.

Herr sucht umweil Stadtmittelschiffzimmer vom 28. d. Mts. ab auf 1 Woche. Preisangebot, Nr. 1639 ins Tagblatt.

Arbeits-Bekleidung für sämtliche Berufe. H. Weintraub, Kronenstraße / Telefon 3747 / Kronenstraße. Includes image of workers in uniform.

Bayerische Grossbrauerei sucht für Karlsruhe und Umgebung geeignete Lokalitäten als Spezial-Ausschank. Angebot unter Nr. 1640 ins Tagblattbüro.

Kapitalien 180 000 Mark, 10 000 Mark, Hypothekengeld gesucht. Stellen-Gesuche Fräulein, Stübe.

Akquisiteure gegen gute Provision. Angebote unter Nr. 1643 ins Tagblattbüro erbeten.

Billiger Weihnachts-Verkauf Chaiselongs, Diwans, Polstermöbelhaus R. Köhler.

Pianos Feurich die Weltmarke. Odeon Musikhaus, Kaiserstraße 175.

Koch-Etablissement (Städtische) Otto Glassner. Küchenmeister und Traiteur (ehemal. Hoftraiteur).

Kaufgesuche Gutverhaltene Offizier-Weißbrot, Gänselebern, Klebechen.

Alte saubere Zeitungen gebündelt, gibt ständig ab. Karlsruher Tagblatt, Ecke Ritterstraße und Zirkel.

5 Millionen Blutkörperchen mit ihren lebenswichtigen Schutzstoffen enthält. 1 Tropfen Eubiose. Mach' dich stark.

Der Kanzler gegen die Verleumdungen der Reichswehr

Bürgerliche Einheitsfront gegen die Angriffe auf die Reichswehr.

VDZ. Berlin, 16. Dez.

Am Regierungstisch: Reichskanzler Dr. Marx, Außenminister Dr. Stresemann, Reichswehrminister Gessler und die übrigen Mitglieder des Reichskabinetts. Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.

Die Vorlage zur Verlängerung des Spracherlasses für die Fürstenausschreibung wird in zweiter und dritter Lesung gegen den Nationalrat und die übrigen Mitglieder des Reichskabinetts. Der Präsident stellt fest, daß die erforderliche Zweidrittelmehrheit vorliegt.

Es folgt dann die dritte Lesung des Nachtrags Haushalts. Verbunden damit sind die Mißtrauensvoten der Kommunisten gegen das Reichskabinet und gegen den Reichswehrminister im Besonderen.

Unter allgemeiner Spannung nimmt sofort Reichskanzler Dr. Marx

das Wort, um folgende Erklärung abzugeben:

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei hat durch Beschluß vom 9. Dezember festgestellt, daß sie eine Entschiedenheit über die künftige Gestaltung der Reichsregierung für notwendig halte und daß sie diese Entscheidung bei der dritten Lesung des Nachtragsentscheides herbeiführen werde. Die Reichsregierung lehnt sich demgegenüber von dem Gedanken ab, daß angesichts der außenpolitischen Lage und der dadurch gegebenen Notwendigkeit, für die Zukunft bedeutsamer, in dem noch unentschieden abzuwartenden Streitfragen verhandlungsfähig zu bleiben, eine

Regierungskrise wenn irgend möglich vermieden werden müsse.

Aus der Gesamtschau der letzten Zeit heraus hat die Reichsregierung daher die Initiative der Verhandlungen mit der Sozialdemokratie als der größten Oppositionspartei zur Erzielung einer Verbrüderung der Regierungsbasis erachtet. Die Regierungsparteien billigten ohne Ausnahme diesen Entschluß der Regierung, so daß am Nachmittage des 15. Dezember der Sozialdemokratischen Partei mitgeteilt werden konnte, die Reichsregierung sei in Uebereinstimmung mit den Regierungsparteien bereit, in Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion einzutreten

mit dem Ziele der Bildung der Großen Koalition.

Die sozialdemokratische Fraktion hat dann bekanntlich geantwortet, daß sie zwar zu Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition bereit sei, analog aber den Rücktritt der Reichsregierung verlanget.

Die von der Reichsregierung und den Regierungsparteien beschlossenen Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion hätten ihren Fortgang genommen, ohne daß die Autorität der Regierung nach innen und außen geschwächt worden wäre. Der geforderte Rücktritt der Reichsregierung müßte für längere Zeit zu einer nur geschäftsfähigen Regierung führen, da unter den obwaltenden Verhältnissen eine rasche Lösung der Krise unmöglich erscheint. Die Reichsregierung vermag die Verantwortung für einen solchen Zustand, der mit den schwersten Nachteilen, vor allem für unsere außenpolitischen Interessen verbunden sein muß, nicht zu übernehmen. Sie muß diese Verantwortung denjenigen Parteien des Reichstages überlassen, die durch ihre Beschlüsse sie herbeiführen.

Namens der Reichsregierung habe ich daher die Erklärung abgegeben, daß die Reichsregierung entschlossen ist, nicht zurückzutreten.

Das weitere muß sie der Entscheidung des Reichstages überlassen." (Beifall rechts und in der Mitte.)

Abg. Scheidemann (Soz.)

weil auf die schwere Entscheidung hin, in die man jetzt einzutreten beabsichtigt. Die sozialdemokratische Partei habe dem Schicksal des deutschen Volkes nicht gleichgültig gegenüber. Wir verstehen es durchaus, daß es den Offizieren der alten Armee schwer fällt, sich in die neuen Verhältnisse hineinzufinden. Es muß aber eine Staatsgewalt da sein, die imstande ist, ihre Autorität aufrecht zu erhalten. Eine Reichswehr, die das Gegenteil eines Friedensinstrumentes darstellt (gehört Widerspruch rechts) muß verändert werden. Ich danke dem Herrn General Ebert für seine Erklärung, aber der von ihm als erwünschtes Ziel bezeichnete Zustand der Reichswehr ist eben nicht vorhanden. Kein Volk ist über seine Wehrmacht so schlecht unterrichtet, wie das deutsche. Für das Ausland bilden die Dinge, die ich hier vorbringen will, nichts neues mehr. (Zuruf rechts: „Durch euch.“) Das Reichswehrministerium hat eine sogenannte Sondergruppe „S. G.“ Diese hat bei dem Abschluß von Verträgen zwischen den Junker-Kriegszugeworbenen und Moskau mitgewirkt. Seit 1923 sind für diese „S. G.“ jährlich etwa 70 Millionen Goldmark gezahlt worden. Der Redner teilt weitere Einzelheiten über Einzahlungen der „S. G.“ auf das Konto russischer Waffenfabrikanten mit. Das deutet auf eine unmittelbare Verbindung des Reichswehrministeriums mit Ausland hin, eine Rüstungsindustrie im Auslande zu schaffen. An den Verträgen mit Ausland ist der General Gasse beteiligt, der mit falschem Namen unterzeichnet hat. (Große Unruhe rechts und links: „Angehört.“ „Nun.“ „Maus!“) — Abg. Graf Weizsäcker (DN): „Das ist Landesverrat!“

Unter großer Erregung verlassen die Deutschnationalen und Völkischen den Saal.

Höhere Offiziere sollten, so fährt Scheidemann fort, als Reichsoffiziere auf privaten Dienstver-

traag eingestellt werden. An Pommeren seien für 30 Drittel Reichsoffiziere angestellt worden. Angestellt würden nur ganz rechts gerichtete Offiziere. In Ostpreußen seien der „D. G.“ 12 Maschinengewehre von der Marine zur Verfügung gestellt worden. Die Marine sei jederzeit bereit, ihre Mannschaften der „D. G.“ zu unterstellen. (Hört, hört!) Nach Niedererschlagung des Hitlerputsches richtete sich die Wut gegen den General v. Seede, den man mit Gasbomben erledigen wollte. Der für die Tat ausgerichtete Günther wird heute noch von der Marineleitung Kiel bestraft. (Hört, hört!)

Das Kleinliberalische Gemeinwesen sei vielfach außerordentlich weit entwickelt. Seit Frühjahr 1926 schickte man Reichsoffiziere mit Ausbildung in die Vaterländischen Verbände.

Der Redner weist weiterhin auf Geländebildungen von Rechtsorganisationen in Verbindung mit der Reichswehr hin. Von den

Berüchtigungen des „Manchester Guardian“

über Lieferungen von Flugzeugen aus Junkersfabriken an Ausland wolle er im Einzelnen nicht reden. (Zuruf bei den Kommunisten: „Nanu, warum denn nicht?“) Er wolle die Gefahren für die Republik nicht übertreiben. Sie sei heute, morgen und übermorgen noch nicht bedroht. Aber in bewegten Zeiten werde eine bewaffnete Macht, die der Republik feindlich gegenüberstehe, zu einer ungeheuren Gefahr. Daher fordere die Sozialdemokratie eine Reform der Reichswehr an Haupt und Gliedern. Ein anderer Geist müsse in die Reichswehr einziehen. Die Sozialdemokratie habe schon ihre Forderungen der Reichsregierung überreicht, das Verbot jeglicher Verbindung von Angehörigen der Reichswehr und Reichsmarine mit den vaterländischen Verbänden, Verbot jeglicher Spenden an die Reichswehr, genaue Kontrolle des Reichswehrvertrages, usw. Die Bedeutung der geheimen Rüstungen wolle er nicht übertreiben, aber im Auslande bilde sie ein starkes Argument gegen die ehrlichen Absichten der deutschen Republik. Herr Stresemann könne ein Lied davon singen.

Zu Ausland wünsche man dringend ein gutes Verhältnis. Die deutsche Reichswehr dürfe aber der Sowjetmacht nicht als Waffe für die Weltrevolution dienen. Die Sozialdemokraten wollten Moskaus Freunde sein, aber nicht Moskaus Narren. Deshalb keine Sowjetmission für deutsche Geschäfte. Dr. Gessler habe sieben Jahre an der Spitze der Reichswehr gestanden. Das Ergebnis seien die heutigen Zustände. Deshalb verweigere die Sozialdemokratie besonders Dr. Gessler das Vertrauen. Wenn in der Koalition alles erschlagen sei, so sei es geboten durch die Schuld des deutschnationalen gehirnten Dr. Scholz.

Die Sozialdemokratie werde ein Mißtrauensvotum gegen die gesamte Reichsregierung einbringen.

(Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Reichskanzler Dr. Marx verliest darauf eine

Regierungserklärung über die Reichswehr.

in der eine Politisierung der Reichswehr ausdrücklich abgelehnt wird. Den Reichswehrangehörigen soll die Zugehörigkeit zu den sogenannten Wehrverbänden streng verboten werden. Mit der überwälzten Wehrheit des Reichstages ist die Reichsregierung der Ansicht, daß die Schlagfertigkeit der Wehrmacht der Republik und ihr Zusammenhalt erhalten werden müssen.

Eine Politisierung der Reichswehr lehnen wir ab;

vielmehr wird die ganze Schulung und Erziehung der Reichswehr nach wie vor auf die Treue zur bestehenden Staatsform und zur Pflichtenübung gegenüber den verfassungsmäßigen Gewalten abgestellt. Der Einstellung von Elementen, die sich nachweislich verfassungsfreundlich betätigt haben, in die Reichswehr werden wir uns mit allen Mitteln widersetzen. Unser Ziel ist die Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und ihren Vertretern in den Parlamenten in Stadt und Land und der Reichswehr immer inniger zu gestalten und das in manchen Kreisen bestehende Mißtrauen zu beseitigen. Dazu gehört auch, daß sich der Ersatz der Reichswehr aus allen Bevölkerungsschichten und allen Teilen des Reiches zusammensetzt; denn die Wehrmacht kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie von dem Vertrauen des ganzen Volkes getragen ist. Dies vorausgesetzt, habe ich

an den einzelnen Beschwerdepunkten folgende Ausführungen zu machen:

1. Den Angehörigen der Reichswehr ist die Zugehörigkeit zu und das Zusammenarbeiten mit politischen Verbänden aller Richtungen, zu denen sogenannte Wehrverbände in erster Linie gehören, verboten.
2. Diese Bestimmungen werden streng durchgeführt, und Zusammenhänge sollen im Rahmen der bestehenden Gesetze und Bestimmungen streng beachtet werden. Die Frage der Geldspenden unterliegt zurzeit einer Neuregelung, nach der die Annahme von Geldspenden jeder Art der Zustimmung des Ministers bedarf.
3. Eine Nachweisung, der auf Privatvertrag in Reichswehr angestellten Personen kann dem Reichstag auf Wunsch bis Ende des Etatsjahres mitgeteilt werden.
4. Die Bestimmungen für das

Erschwern im Seere

sind auf Grund des ihm im Seereisepreis verliehenen Rechtes vom Reichspräsidenten im Jahre 1921 erlassen. Es wird zurzeit geprüft, inwieweit Veranlassung vorliegt, dem

Herrn Reichspräsidenten Änderungen in diesen Bestimmungen vorzuschlagen. Die unteren Verwaltungsbehörden werden schon jetzt mit diesbezüglicher Ausführenschrift weitausgehend in Anspruch genommen.

Ueber die Rede des Abg. Scheidemann kann ich nur mein tiefstes Bedauern zum Ausdruck bringen.

Wenn ich auf Einzelheiten der Rede des Herrn Scheidemann nicht eingehe, so deshalb, weil sie teilweise so weit zurückliegen und sich unter so anders gearteten Verhältnissen angetragen haben, daß ich ihr Vorbringen heute in keiner Weise für wichtig erachte habe.

Ich muß im übrigen mein ernstes Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß eine solche Zahl von Einzelheiten hier vorgetragen worden sind, die erst vor kurzem der Reichsregierung zur Kenntnis gebracht wurden. Es ist die Prüfung aller vorgetragenen Mitteilungen zu erwarten, ehe die Prüfung stattgefunden hat (Lebhafte Beifall rechts und in der Mitte.) Die eingeleitete Untersuchung wird ergeben, inwieweit die Mitteilungen richtig sind.

Die einseitige Darstellung, wie sie der Herr Redner beliebt, gibt über die Zustände in unserer Reichswehr ein ganz falsches Bild.

Gerade gegenüber dieser Sachlage, und da in den letzten Wochen und Monaten ja überhaupt unsere Wehrmacht zahlreichen Angriffen ausgesetzt gewesen ist, und da in der Öffentlichkeit laut geworden ist, daß man an ihrer Zuverlässigkeit zweifelt, halte ich es für meine selbstverständliche Pflicht, zu erklären:

Die Reichsregierung hat einen solchen Zweifel nicht. Sie ist sicher, daß die Wehrmacht ein sicheres Instrument des Staates ist.

Dies hier auszusprechen und der Reichswehr für die stille und selbstlose Arbeit im Dienste des Vaterlandes zu danken, ist mir in diesem Momente Pflicht und Bedürfnis (Lebhafte Beifall in der Mitte und rechts, Handelslärm bei den Deutschnationalen.)

Abg. von Gunder (Zr.) beantragt nunmehr, die Sitzung um eine Stunde zu unterbrechen.

Abg. v. d. Schulenburg (Dnt.)

gibt in der neuen Sitzung eine Erklärung ab, in der es heißt:

Der Deutsche Reichstag ist heute durch die Ausführungen des Abg. Scheidemann, die uns mit tiefer Entrüstung erfüllt haben, der Schauplatz eines Vorkommnisses geworden, das wir in einer deutschen Volkstretuna bisher für unmöglich gehalten haben. (Lebhafte Zustimmung rechts, Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wären die Hauptpunkte des Abg. Scheidemann wahr, so wäre durch seine Rede der Tatbestand des Landesverrats in jeder Hinsicht erfüllt. (Lebh. Zustimmung rechts, Lachen bei den Soz.) Wir sind aber der festen Ueberzeugung, daß sie un-

wahr sind. Ich beschränke mich daher darauf, im Namen meiner Fraktion folgende Erklärung abzugeben:

Die deutsche Wehrmacht ist in den kritischen Entwicklung der letzten Jahre der feste Halt der Ordnung in unserem Vaterlande gewesen. Deshalb bedauern wir doppelt, daß sie neuerdings der Heuschrecke leichtfertiger, vielfach verleumderlicher Angriffe geworden ist. Unter dem Vorwande einer Entpolitisierung verlangt man, aus der Reichswehr ein mißfälliges Werkzeug einseitiger parteipolitischer Bestrebungen zu machen. Wir vertrauen darauf, daß hiervon unberührt die Wehrmacht auch weiterhin in selbstloser Eingabe an den Dienst ihre schwere, ernste Pflicht erfüllen wird. Dafür darf sie aber auch erwarten, daß Regierung und Reichstag sie gegen solche Verleumdungsbestrebungen, die vielfach offenen Landesverrat darstellen, in Schutz nehmen. Nur so ist die Gewähr gegeben, daß die Dienstförmigkeit und Staatsgewinnung weiterhin die festen Grundlagen unserer Wehrmacht bleiben. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wirth (Zr.)

erklärt, man habe angesichts der außenpolitischen Entwicklung eine ernste würdige Debatte erwartet. Darin sei man durch den bisherigen Verlauf der Debatte bitter enttäuscht worden. Für ihn stehe das Wohl des deutschen Volkes an erster Stelle. Im Laufe der letzten Jahre sei er sich bei seiner Politik bewußt gewesen,

daß man mit Pazifismus allein keine vaterländische Politik machen könne. Er stehe zu dem, was er getan habe. Er habe damals geglaubt, aber vaterländisch gehandelt. Den Vorwurf der Erfüllungspolitik weise er zurück. Wir würden den schweren Druck an der Diktatur, wir spüren, daß es offiziell politische Kräfte waren, die den „Griff“ nicht nur nach Oberschlesien, sondern auch nach weiteren Teilen Schlesiens beabsichtigten. Damals habe Reichspräsident Ebert den notwendigen Schutz für die Diktatur geschaffen (Lebhafte Beifall). Ein politischer Einmarsch hätte uns in die Zeiten vor Friedrich dem Großen zurückgeworfen. Damals habe man einen Grenzausschuss organisiert, der keiner Partei gehörig war, sondern der von allen Parteien gemeinsam organisiert sei. Durch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund sei eine völlig neue Lage geschaffen. Es sei aber heute noch lange nicht ausgeräumt, was vor drei Jahren unsere Beforgnis erregte. Dr. Wirth betonte,

er könne sich ein selbständiges Deutschland nicht ohne Sicherung seiner Grenzen denken.

(Lebhafte Beifall.) Die Befehung der Deutschen Republik habe das Zentrum von Parteiung zu Parteiung weitergeführt. Wenn die Idee des neuen Staates nicht ernstlich in der Reichswehr verankert wird, dann werde Deutschland zerrieben werden. Ein Volk, das seine Geschichte nicht ehrt, ist nicht wert, wieder einmal Geschichte machen zu können.

Die Mordtat an Rathenau sei die größte Schandtat der Weltgeschichte. Dr. Wirth vertheidigte dann die Politik Russlands gegenüber. Ohne Einbeziehung der russischen Bodenschätze könne die Weltwirtschaft niemals gefunden.

Der heutige Tag mit der sozialdemokratischen Rede sei ein schwarzer Tag in der Geschichte des deutschen Volkes.

Die Parteien der Mitte wollten aber ihren Beruf in dem neuen deutschen Staate nicht verfehlen. Darum sollte man sich nicht in der Wehrfrage die Köpfe zerbrechen. Man dürfe nicht gerade in diesem Augenblick in eine Debatte hineinschlittern, die das Unglück des deutschen Volkes herbeiführen müßte. Die Regierung solle sich aus ihrer heutigen außenpolitischen Linie nicht herausdrängen lassen.

Der Deutschen Volkspartei ruft der Redner zu sich nicht von Gruppen beeinflusst zu lassen, die den Bürgerblock propagierten.

Dann sei Deutschland verloren, sei es ausgelöscht, wenn die deutschen proletarischen Massen wieder von der Mitarbeit am Staatsleben ausgeschlossen würden. Sinnlose Dinge seien abzubauen. Jetzt komme auch für die Wirtschaft die Parole: Zum Staate hin! Sonst werde auch die Wirtschaft der Zerstörung anheimfallen. Staatsform und Idee der Nation müßte man jetzt miteinander verbinden. Ich lade die Republikaner in diesem Hause ein, diese Idee an die erste Stelle zu setzen. (Beifall.)

Abg. Könen (Komm.)

ist der Ansicht, Stresemann habe jetzt die Verpflichtung, nachzuweisen, welche Hoffnungen der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erfüllt habe. Die Sozialdemokraten haben dem „Manchester Guardian“ das Schwindelmaterial geliefert. Die Ausführungen Scheidemanns waren allerhöchste Demagogie und niedrigste Heuschel (Ordnungsruß). Die Reichswehr hat nicht ein Flugzeug von Ausland bekommen, auch nicht eine einzige Gasbombe. Die ganze Granatengeschichte des „Vorwärts“ ist erfunden und erlogen. Wenn die Sozialdemokraten kein wirkliches Beweismaterial vorbringen, dann sind sie vor der Öffentlichkeit als ganz gewöhnliche Schwindler festzustellen. Der „Manchester Guardian“ ist mit dem Material hereingeleitet worden.

Abg. Dr. Scholz (DVP.)

schließt sich den Erklärungen des Reichskanzlers an. Im gegenwärtigen Stande der Debatte habe er ihnen nichts hinzuzufügen. Der Redner mißbilligt lebhaft die Art des Sprechers der Sozialdemokratie, die einzelne Fälle verallgemeinert habe, die sich auf einen Zeitraum von mehreren Jahren beziehen und zum großen Teil in einer Vergessenheit liegen, in der der Bestand des Staates gefährdet war. Die Rede Scheidemanns ist geianet, im Innern und Auslande ein vorkommen fallisches Bild von der Einstellung der deutschen Reichswehr zu geben, an deren Verfassungstreue ein Zweifel nicht berechtigt ist und die ihre Treue zum Staat wiederholt durch die Tat bewiesen hat. Der Redner stimmt den anerkennenden Worten des Reichskanzlers für die Reichswehr zu, ebenso seiner scharfen Kritik der Rede Scheidemanns. Die Deutsche Volkspartei werde alle Verleumdungen, die geeignet sein können, das Vertrauen zu unserer Wehrmacht zu erschüttern oder ihren Ausbau zu gefährden, nachdrücklich bekämpfen. (Beifall.)

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Berg.)

bedauert das Aufsehen, das die Ausführungen Scheidemanns im Auslande unberechtigterweise erregen werden. In Oesterreich sei das Heer völlig politisiert worden. Dieses Beispiel müßte schrecken. Der Redner erklärt, daß seine Fraktion sich namentlich mit Mühe auf die auswärtige Politik nicht entschließen könne, für das Mißtrauensvotum zu stimmen. Die Frage der Staatsform sei erledigt. Der Redner fordert Verminderung der Staatsausgaben und Herabsetzung der Steuern für den gewerblichen Mittelstand.

Abg. Leisch (Bayer. Volksp.)

hält die Politik der Sozialdemokraten für völlig unverständlich. Sie wollen in die Große Koalition und schiden der Regierung die seitene Schur mit der freundlichen Mahnung: Hänge Dich auf! Zugleich fügen sie die Drohung hinzu: Hänge Du Dich nicht selbst auf, so hängen wir Dich auf! (Heiterkeit.) So kann man keine Politik machen. Die Bayerische Volkspartei stellt sich durchaus hinter die Erklärungen der Reichsregierung. Man soll nicht immer bloß von den Rechtsverbänden reden, sondern auch vom Reichsbanner, das doch eine ausgeproben sozialdemokratische Einrichtung sei. Seine Aufgabe sei weniger die Erhaltung der deutschen Republik, als vielmehr die Herbeiführung der sozialistischen Republik. (Zustimmung rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Reichswehr muß von der Liebe zum Vaterlande getragen sein. Wir wollen keine österreichischen Zustände in Deutschland. Unsere Reichswehr soll ein harter Fort und Schutz des Vaterlandes sein. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich auf Freitag 12 Uhr: Weiterberatung und Abstimmung über die Mißtrauensanträge. Schluß 8 Uhr.

Italiens Schicksalskunde.

(Von unserem römischen Vertreter.)

Der Fall Federzoni, des bisherigen Innenministers, ist in politischer Beziehung das Hauptergebnis des Attentats von Bologna, abgesehen davon, daß das Gesetz über die Einführung der Todesstrafe beschleunigt zur Annahme in Mussolinis Kabinettsratung gebracht worden ist. Argendwo muß doch der Effekt des napoleonischen Jahres 1826 gewahrt werden. Erreicht hat Mussolini nun, daß er alle Macht in Italien allein in seiner Hand hält.

Erster Erfolg: ein Terror im ganzen Lande, von dem man sich in europäischen Kulturländern keinen Begriff macht. 48 Stunden lang haben die Horden der Faschisten Frist gehabt, Vergeltungsmaßnahmen gegen Unschuldige durchzuführen, mit Wissen und stillschweigender Duldung, in eigentlicher Sinne sogar auf Befehl der Staatsautorität. Die Chronik dieser Schreckensherrschaft läßt sich nur andeutungsweise und sehr unvollkommen geben. In Neapel ist der Abgeordnete Labriola in seiner Wohnung überfallen und auf bestialische Weise mißhandelt worden. Roberto Bracco, ein berühmter Bühnenschriftsteller, ein Mann von über 60 Jahren, ist halb tot geschlagen worden, nur weil er nicht mit dem Faschismus sympathisierte. Benedetto Croce, der weltbekannte Philosoph, ist in seinem Hause überfallen worden, wo die Bande keine ganze Bibliothek, eine der wertvollsten Privatbibliotheken Europas, stundenlang zerstört hat. Von je war der Dank auf das Geheiß des Kennzeichens des Faschismus. In diesem Falle hat er sich rätselhaft offenbart. In Rom ist der sozialistische Abgeordnete Dro Nobilit von Faschisten in einem Automobil isoliert und auf der Landstraße mit Knüppeln isoliert bearbeitet worden, bis man ihn für tot hat liegen lassen. In Mailand sind etwa 250 Wohnungen und Häuser nichtfaschistischer Persönlichkeit zerstört und geplündert worden, alles unter den Augen der Polizei. Zwei Abgeordnete und zwei Journalisten sind auf offener Straße überfallen und schwer verwundet worden. Auch auf dem Lande sind viele Gewalttaten vorgekommen. In Ferrara, Parma und Padua haben die Faschisten eine politische Geheimpolizei organisiert zur Ueberwachung und Ueberführung. Andersdenkender und dazu eine schwarze Liste der Personen aufgestellt, deren Leben mit demjenigen Mussolinis verknüpft ist. Man darf jedoch, zur Veranschaulichung annehmen, daß die Faschisten in dem Augenblick, wo ihr Duce fällt, keine Zeit mehr finden werden, Gewalttaten gegen andere zu begehen.

Selbstverständlich ist nach dem Attentat die Debe gegen die anderen Länder in der faschistischen Presse wieder angeklammert. Rasche Besatzungen, Bedrohungen und Ausweichungen gegen Fremde kennzeichnen den Stand der Zivilisation im neuen Italien. Mussolini plant zu alledem ein Gesetz, worin sich die faschistische Regierung das Recht anmaßt, auch über Ausländer zu Gericht zu sitzen, wenn diese (wobei merkwürdigerweise der italienischen Grenzen) antisfaschistische Propaganda treiben. Weiter kann der „napoleonische“ Geist dieser Welt erneuerer nicht gehen. Je mehr sie fühlen, daß die Welt nur noch mit Verachtung und Abscheu auf den Terror sieht, der in Italien sein Wesen treibt, um so mehr blafen sie sich zu Herren der Welt auf. Was nach alledem die Deutschen in Süditalien neuerdings zu leiden haben, darüber zu reden ist wohl eigentlich nicht mehr nötig. Der Säkularismus, der in der grausamen Verfolgung aller Andersdenkenden ein Kennzeichen des Faschismus ist, legt dem geplanten und geschändeten Gebiet unerhörte Leiden auf. Außer den Deutschen leiden natürlich auch die unter italienischer Herrschaft lebenden Slovenen. Die neue Terrorwelle hat zu einer schmerzhaften Spannung zwischen Italien und Schweden geführt. Mussolinis Talent, sich Feinde zu machen, tritt mehr und mehr als eine seiner hervorzuheben politischen Begabungen auf.

Die Spannung mit Frankreich kann von italienischer Seite aus nicht mehr auf weitergetrieben werden. Die Enthüllungen der leb-

ten Tage, die in der italienischen Öffentlichkeit natürlich nur ganz entstellte und nur zum Teil bekannt geworden sind, haben das System Mussolinis vor aller Welt entlarvt. Seinerzeit, in Socarno, war der belgische Außenminister Vandervelde der einzige, der sich weigerte, dem italienischen Duce die Hand zu reichen. Wie wer-

den sich heute die politischen Führer Frankreichs dem Mann gegenüber verhalten, der unaufhörlich in ihrem Lande Anträge anstellt, ganz Frankreich mit einem dichten Spionagenetz überzogen hat und mit einer geradezu bewundernswerten Hartnäckigkeit Konflikte heraufbeschwört, um im Trüben fischen zu können?

Die Erschließung der Britischen Archive.

Erscheinen einer deutschen Parallelausgabe über den Ursprung des Weltkrieges.

Wie amtlich mitgeteilt wird, beannt jetzt die deutsche Ausgabe der Dokumentenveröffentlichung der englischen Regierung zur Vorgeschichte des Weltkrieges (British Documents on the Origins of the War 1898-1914. Edited by G. P. Gooch, D. Litt., and Harold Temperley, Litt. D., Vol. XI: The Outbreak of the War. Foreign Office Documents, June 28th - August 4th, 1914). Collected and arranged with Introduction and Notes by J. W. Headlam-Morley, M. A., C. B. E., Historical Adviser to the Foreign Office. London 1926. Printed and published by His Majesty's Stationery Office) zu erscheinen.

Der zuerst publizierte Band, der eigentliche Schlussband des ganzen Werkes, der das Attentatmaterial der Zeit vom Morde in Serajewo bis zum Eintritt Englands in den Weltkrieg (28. Juni bis 4. August 1914) behandelt, wird in den nächsten Tagen durch den Verleger der vom Britischen Auswärtigen Amt autorisierten einzelnen deutschen Ausgabe des englischen Attentatwerkes, die Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin, an den Buchhandel ausgegeben werden. Herausgeber des Gesamtwerkes sind die englischen Historiker Dr. G. P. Gooch und Dr. Harold Temperley; Herausgeber des zunächst erscheinenden Bandes über die unmittelbare Vorgeschichte des Weltkrieges ist der Historiker R. W. Headlam-Morley, der im Londoner Außenministerium als historischer Berater („Historical Adviser“) wirkt. Die Herausgeber haben seitens der britischen Regierung völlig freies Verfügungsrecht über die Dokumente des Britischen Auswärtigen Amtes erhalten. Man ist dabei dem Grundgedanken der Herausgeber der deutschen Großen Attentat-Publikation unterworfen, die englische dadurch, daß sie nicht so weit zurückgeht, wie das deutsche Attentatwerk, das bekanntlich mit dem Frankfurter Frieden von 1871 einsetzt. Die englische Publikation beginnt mit den Dokumenten des Jahres 1898, bringt die aber mit großer Vollständigkeit. Das ganze Werk wird nach dem bisherigen Plan 11 Bände umfassen. Der jetzt zuerst erscheinende Band entspricht nach Stoffkreis, Inhalt und Einteilung völlig dem im Jahre 1919 durch die deutsche Reichsregierung im Verlage der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte herausgegebenen „Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch 1914“ (Kautschuk-Verlag). Auch dieses Werk erschien zeitlich früher als die „Große Attentat-Publikation“, die erst jetzt, bei ihrer Fertigstellung, Anfang Dezember 1926, mit ihrem letzten Teilband, dem 11. den Abschluss an die Kautschuk-Verlagsgesellschaft. Da der erscheinende Band der englischen Publikation gleichzeitig mit der Schlussreihe des deutschen Attentatwerkes erscheint.

So sieht der Unterstudium der Kriegsausführung Anfang 1927 das vollständige deutsche und englische Attentatmaterial über die entscheidenden Wochen vor dem Weltkrieg zum Vergleich zur Verfügung.

Herausgeber der deutschen Ausgabe ist der Münchener Historiker Hermann Lub, der seit langen Jahren zu den namhaftesten Sozialforschern auf dem Gebiete der Vorgeschichte des Weltkrieges gehört und hervorragender Kenner der englischen Weltkriegsliteratur ist.

Die Vorgeschichte der Attentatveröffentlichung.

Der Entschluß der britischen Regierung, die auf den Ursprung des Krieges bezüglichen bri-

tischen Dokumente zu veröffentlichen, wurde in einem Briefe vom 28. November 1924 bekanntgegeben, der an Dr. R. W. Seton-Watson gerichtet und von Außen Chamberlain unterzeichnet war (am 3. Dezember 1924 in der „Times“ veröffentlicht).

Hier einige Auszüge aus dem Brief des Staatssekretärs:

„Die veröffentlichten Briefe, in denen Sie (Dr. Seton-Watson) und Sir Sidney Lee die Aufmerksamkeit auf die Schwierigkeiten lenkten, die für den Geschichtsforscher, der eine vollständige und unparteiische Darstellung neuerer Ereignisse zu bieten beabsichtigt ist, durch die traditionellen Regeln geschaffen werden, die für die Veröffentlichung unserer Staatsarchive maßgebend sind, haben folgende meine Aufmerksamkeit auf sich gezogen und meine Sympathie gewonnen. Ich stellte durch Erkundigungen fest, daß Herr Ramsay MacDonald bereits Stellungnahmen gegeben hatte, die im wesentlichen den in Ihrem Brief vom 25. November enthaltenen Anregungen entsprechen, und daß ich sie nur zu bekräftigen brauchte. Was die Veröffentlichung der amtlichen Dokumente betrifft, die auf die allgemeine europäische Lage aus der der Krieg entstand, Bezug haben, so werden die Herren G. P. Gooch* und H. W. Temperley eine Sammlung dieser Urkunden für das Auswärtige Amt herausgeben und ich hoffe, daß sie in der Lage sein werden, schon in ganz kurzer Zeit ernstlich mit der Arbeit zu beginnen.“

Auf eine Nachfrage beim Auswärtigen Amt erfuhr die Herausgeber, daß Herr Headlam-Morley, der historische Berater am Auswärtigen Amt, bereits eine sehr umfangreiche Sammlung der einschlägigen britischen Dokumente zwischen dem Zeitpunkt der Ermordung des Erzherzogs am 28. Juni und der britischen Kriegserklärung an Deutschland am 4. August 1914 unternommen hatte. Sie bat ihn daher, diese Sammlung zu vollenden und sie als Schlussband ihrer Serie herauszugeben. Dies laute er sofort zu und hat eine wertvolle Einleitung beigesteuert.

Die Herausgeber übernehmen für die Einleitung oder die Anmerkungen von Herrn Headlam-Morley keine Verantwortung. Sie haben sich in dieser Hinsicht darauf beschränkt, die von ihm in Druck gegebenen Schriftstücke nach den Aktenbeständen zu prüfen und sie mit den Originaldokumenten zu vergleichen. Sie haben in ein paar Fällen die Beilassung gewisser Urkunden genehmigt, die innere Angelegenheiten neutraler Staaten betreffen und die keinen unmittelbaren Bezug auf den Ausbruch oder den Ursprung des Krieges haben; aber sie glauben, daß kein wichtiger oder wesentlicher Dokument aus den Archiven des britischen Auswärtigen Amtes wegzulassen wurde und daß die Veröffentlichung der amtlichen Staatsdokumente in keiner Weise behindert worden ist.

Es hat sich ermöglichen lassen, außer den amtlichen Urkunden eine Anzahl der wichtigeren Vermerke, sowie einige Auszüge aus den Privatbriefen Sir Edward Gress, des Lord Carnot (Sir Arthur Nicolson im Jahre 1914) und anderer diplomatischer Persönlichkeiten zum Ab-

* Dr. G. P. Gooch ist seitdem durch sein ausserordentliches unparteiisches Buch über Deutschland bekannt geworden. H. W. Temperley genießt einen besonderen Ruf durch die Herausgabe eines großen Werkes über die Friedensverhandlungen in Versailles. Schriftleitung.

druck zu bringen. Die Herausgeber fühlen sich bewogen, den Dank auszusprechen, den sie Herrn Headlam-Morley für die Erleichterung einer mühevollen Aufgabe schulden. Sie müssen auch mit Dank die Hilfe anerkennen, die ihnen von Herrn S. Galelee, dem Bibliothekar und Archivar der Akten des Auswärtigen Amtes, gewährt worden ist.

Die Veröffentlichung der übrigen Bände wird durch die Herausgeber so rasch wie möglich folgen. Die beiden ersten Bände werden die Jahre 1898-1904 umfassen und zwar unvermeidlicherweise in etwas summarischer Form. Die übrigen acht Bände werden in größerer Ausführlichkeit die Jahre von 1904 an behandeln.

Das Wohnungsbauproblem.

Vorschläge des Reichsbürgerrats.

Nr. 49 der Zeitschrift „Der Deutschenpiegel“ behandelt ausschließlich die vom Reichsbürgerrat zur Veröffentlichung im Auftrag seines Präsidiums verfaßte Denkschrift zum Wohnungsbauproblem.

Der Reichsbürgerrat macht in seiner Denkschrift weitgehende Vorschläge, die auf eine völlige Freigabe der Wohnungswirtschaft binnen kurzer Frist hinauslaufen. Sie gehen von dem Grundgedanken aus, daß zunächst die bisher staatlich betriebene Neubaulität unter wirtschaftlichen Bedingungen der freien Wirtschaft zurückgeführt werden muß. Durch entsprechende Maßnahmen soll dabei die Steigerung der Mietpreise ausgeglichen bzw. erst in einer Reihe von Jahren im allmählichen Ausgleich an dem allgemeinen Index vorgenommen werden. Die Denkschrift stellt bis zu einem gewissen Grade eine Antwort auf die Denkschrift der Gewerkschaften dar. Sie legt sich gleichzeitig mit den Vorschlägen des Deutschen Städtetags überein. Ehe der Reichsbürgerrat in der übrigen Öffentlichkeit für die Durchsetzung seiner Vorschläge eintritt, will er seine Darlegungen zunächst der Presse zuwenden in der Hoffnung, durch eine Erörterung seiner Vorschläge in der öffentlichen Presse zu einer Klärung des ganzen Fragegebietes beizutragen. Er hofft, bei der Durchsetzung seiner Grundgedanken alle ihm durch die Presse und sonstige Öffentlichkeit zufließende Ergänzungen und etwaige Berichtigungen dabei berücksichtigen zu können.

Wir geben nachstehend eine Uebersicht über den Inhalt der Denkschrift. Der Reichsbürgerrat legt zunächst dar, daß das Wohnungswesen für einen ausreichenden Wohnungsbau weniger in dem absoluten Mangel an Kapital, als vielmehr in der ungenügenden Rentabilität des baulich festgelegten Kapitals zu suchen ist. Da sowohl die Verhältnisse für den Kapitalgeber als auch die durch die baulichen Verhältnisse bedingten Kosten für den Kapitalgeber weit über dem durch die baulichen Verhältnisse bedingten liegen, kann nach seinen Darlegungen die Hauptaufgabe darin bestehen, durch eine entsprechende Ermäßigung der Zinsen des Baukapitals den notwendigen Ausgleich herbeizuführen. Die Grundgedanken sind kurz folgende:

1. Das Baurecht selbst muß völlig der privaten Initiative überlassen bleiben und sich nach dem vorhandenen Bedarf richten, also nicht auf Kleinwohnungen beschränkt bleiben.
2. Die Zinsen für das Baukapital müssen so ermäßigt werden, daß dadurch die Vermietung der neu gebauten Wohnungen etwa im Rahmen der heutigen Miethöhe, also ohne Mietsteigerung möglich ist. Erst nach einer weiteren Stärkung der Kaufkraft sollen die Mieten dem Index angeglichen werden.
3. Diese Aufgabe soll rein privatwirtschaftlich durchgeführt werden. Eine Betätigung des Staates ist abgelehnt. Der Reichsbürgerrat wendet sich gegen die Betätigung der öffentlichen Hand auf wirtschaftlichem Gebiet, die stets mit weiteren Erhöhungen der öffentlichen Lasten verbunden ist. Die Wege, die zu diesem Ziele führen, ohne neue Lasten zu bringen, werden eingehend klargelegt.

Die Politisierung der Kunst.

Verhuzung des „Hamlet“.

Der Intendant des Staatlichen Schauspielhauses in Berlin, Leopold Jessner, hat durch die Neueinführung und Neuausgestaltung des „Hamlet“ eine „Zeit“ vollbracht. Sicher wird die Politik der Verhuzung, da die deutsch-nationale Landtagsfraktion einen Antrag eingebracht hat, der energische Maßnahmen gegen die Gefährdung von Kultur, Kunst und Sittlichkeit durch derartige parodistische Aufführungen verlangt.

Wenn der Erfolg dieses Antrages auch zweifelhaft sein mag, so wird man doch von Herzen wünschen müssen, daß im Landtag ein kräftiges Wort über diese neue Leistung des Intendanten Jessner gesprochen wird. Sie ist ganz zweifellos ein Verstoß gegen die Kunst und ihre elementaren Begriffe, denn sie macht aus der Tragödie des tiefinnigen dänischen Prinzen eine Parodie auf die Monarchie und ihre Hofhaltung. Alle unbefangenen Kritiker dieser Aufführung bestätigen es, daß der Gedankentehalt dieses Stückes und daß die von einem Dichtergenieus geschaffene Figur Hamlets vollständig hinter den Zutaten verschwinden, mit denen Herr Jessner aus Eigenem dieses Dichterverk ausstattet hat. Im Vordergrund steht nach der Intention Jessners eine Hofhaltung, die mit ihren vertrottelten Schranzen und ihren hochköpfigen Höflingen dem Shakespeare'schen Stück zwar wesentlich fehlt und vollkommen weisensfremd ist, dafür es dem Intendanten aber geknaut, die Hofhaltung des früheren Kaisers zu verhöhnen und zu verpöhlen. Daß nur diese Absicht verfolgt sein kann, ergibt sich aus verschiedenen Einzelheiten der Darstellung unübersehlich. So wird dem edlen Dichterverk aus eigener Erfindung des Intendanten ein Gardelieutenant aufgepfropft, dem man trotz der behaupteten Zeitlosigkeit eine ganz bestimmte Tendenz auf den Leib geschrieben hat. Wie aber noch ein Zweifel, so würde er vermisch, wenn man nicht, daß König Lear mit einem verkrüppelten rech-

ten Arme ausgestattet wird. Wem sollte dann noch unklar sein, daß ihm hier die frühere kaiserliche Hofhaltung im Spiegel eines Shakespeare'schen Dramas vorgeführt werden soll?

Die Worte können nicht scharf genug sein, um eine derartige plumpe Verhuzung eines großen Dichterverkes zu brandmarken. Die politische Seite der Angelegenheit wird Herr Jessner in den Augen der Weimarer Koalition wahrscheinlich nichts schaden. Man wird es ihm vielleicht sogar zum Verdienste anrechnen, daß er gesinnungstüchtig genug ist, um als treuer Anhänger der Republik der Monarchie einen Gefühlsstich zu versetzen. Aber man wird doch einigermassen gewarnt sein können, was die Vertreter der Regierungsparteien im Landtage zum künstlerischen Standpunkte zur Mißhandlung eines edlen Dichterverkes sagen werden. Wird ihnen auch das gemeine Mittel recht sein, wenn es nur dem parteipolitischen Zwecke dient?

Ein neuer Schöpfer *)

Menschen und Landjagden.

Der Name Schöpfer nimmt in der Memoirliteratur über die Zeit aus der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts einen hervorragenden Platz ein. Er hat dem Büchermarkt jetzt ein neues wertvolles Buch zugeführt, das, diesmal aus der Feder des Neffen Kurd von Schöpfer, Karl von Schöpfer stammen, ebenfalls von dessen Bruder Leopold herausgegeben worden ist. In diesem Buche führt uns Karl Schöpfer durch die Tage seiner Kindheit und Jugend in seine Diplomatenzeit bei Petersburg und Rio de Janeiro in den „Herrenklub des Balkan“. Sein Bruder Leopold hat das Werk mit einem Vorwort versehen, in dem er darauf hinweist, daß die Erinnerungen und Schilderungen die Eindrücke eines Menschen wiedergeben, der von der Höhe des Lebens Menschen und Landjagden

*) Karl von Schöpfer: „Menschen und Landjagden“. (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1926.)

mit dem Auge des Künstlers erfasst hat. Es sind Entwürfe und flüchtige Mitteilungen, lose Blätter, deren Vereinigung in einem künstlerischen Ganzen der Tod des Verfassers verhindert. Karl, der Neffe Kurd von Schöpfer, des unentbehrlichen Mitarbeiters Bismarcks, wanderte wie jener die Bahn, die ihn in aufsteigender Kurve den Weg des Diplomaten der alten Schule führte. Seine diplomatische Laufbahn beginnt der Verfasser an der deutschen Botschaft in Petersburg. Er schildert in bunten Farben das Leben am Kaiserhof und verbindet damit humorvolle Berichte über Jagdfahrten und Reiseabenteuer. Von dort geht er nach Brasilien, dessen exotisches Milieu ihn oft an Offenbach'sche Operettenszenen erinnert. Nebenher laufen Schilderungen der politischen Ereignisse, wie die Aufhebung der Sklaverei, aus der alsbald die Katastrophe für die Monarchie herauswächst. Naturbilder und Beobachtungen von Land und Seen, die Schöpfer auf seinen Fahrten durch das Land in sich aufnimmt, geben den Aufzeichnungen Unterlagen und Hintergrund. Ganz besonders interessant sind die Schilderungen, die der „im Meer des Lebens schweblich weiter Schwimmende“ versetzt, als er unvermittelt in die wieder so ganz anders geartete Welt des Balkans verlegt wird, dessen Länder von Belgrad aus erreicht werden. Hier kommt Schöpfer mit fast allen führenden Persönlichkeiten der Höhe und Staaten zusammen, hier berührt er die uralten historischen Stätten, bis schließlich seine Vermählung mit der Tochter der in Godesberg wohnenden Freiin v. Nigal seinem häuslichen Leben neue Gestalt gab. Noch einmal geht es dann nach Belgrad, von dort über Konstantinopel und das Ionische Meer auf den neuen Posten im Lande des Klassizismus — nach Athen.

Wurde Kurt von Schöpfer, der Dntel, ein Meister auf dem Gebiete der Diplomatie in Rom, so sehen wir hier, wie der gleich scharf und gemütvoll begabte Neffe in vorliegendem Maße das künstlerische seiner Begabung durchblicken läßt.

Das ist es denn auch, was das vielseitig gehaltene Buch in eine Reihe mit seinen Vorgängern stellt und ihm durch die Schilderung von Zuständen, Erlebnissen und Verhältnissen, die mit einer heute bereits historisch gewordenen Zeit verknüpft sind, einen eigenen Wert und Reiz verleiht.

Literatur.

Die Bergpredigt Jesu Christi. Was sie dem Manne des 20. Jahrhunderts zu sagen hat. Ein Buchlein zur bequemen Lesung. Von Anton Heinen. Zweite, unveränderte Auflage. G. Glöckner, 1926, Volksvertriebs-Verlag, G. m. b. H., RM. 2.40.

In 39 Betrachtungen schöpft Anton Heinen aus dem Stoff, den die Bergpredigt bietet, was unserem Volke zum Trost und Heile dienen und es zur edigen christlichen Tat anfeuern kann. Klar und einfach, aber pädagogisch und zu Herzen gehend in Sprache und Aufbau sind diese nachdenklichen Betrachtungen gehalten. Ein vom Geist erfüllter Mensch, ein Geisteswissenschaftler und Wagner spricht zu uns, wie wir wenige seinesgleichen heute besitzen. Magst du ein Gelehrter oder ein schlichter Arbeiter oder ein Bauer sein: dem Worte des Herrn gegenüber mußt du wieder werden wie ein Kind, das sich noch in rechter Unbefangenheit freuen kann.

Neuausgabe der Cranach-Bibel. Der Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 42/43, bringt die Lutherbibel in reiner Gestalt, in der ursprünglichen Laufform, und mit originalgetreuen Reproduktionen nach den farbigen Holzschnitten Lucas Cranachs in zwei Bänden neu heraus. Die wissenschaftliche Verantwortung hat Professor Hermann Degering übernommen. Das Werk wird in Anbetracht seiner großen Bedeutung für das evangelische Deutschland auch an Nichtmitglieder abgegeben.

Was in Amerika anders ist.

Von
Felix Schmidt.

Amerikanische Anwaltsfirma in einer Großstadt. Im Vorräum sitzen Klienten aller Nationalitäten, denn die Anwaltsfirma besteht aus zwei amerikanischen — von denen der eine in England geboren ist — einem deutschen, einem italienischen Anwalt und zwei Anwältinnen. Diese sechs Advokaten haben eine umfangreiche Praxis, und es kommt oft vor, daß der eine mit einer Sprechstunde noch nicht fertig ist, wenn der andere anfangen will. Dann verhandelt man ohne viel Umstände im Vorräum. Dabei geht es sehr unangenehm zu. Der Anwalt hat seine Beine auf dem Pult ausgestreckt, und der Klient den Hut auf dem Kopf. Auch gibt es

kein besonderes Titulieren. Ein amerikanischer Anwalt hat es dabei keineswegs leicht. Da gibt es besondere Entscheidungsgänge in Angelegenheiten, für die die Polizeigerichte zuständig sind, andere Entscheidungen für Streitigkeiten, über die nur in den Gerichten des betreffenden Staates verhandelt werden kann, und schließlich noch die unzähligen Entscheidungen der Bundesgerichte mit der Höchstinstanz, dem U. S. Supreme-Court in Washington. In Amerika gibt es keine Ehrenbeleidigungsklagen wie in Deutschland. In solchen Fällen kann nur zivilrechtlich, auf dem Wege der Schadenersatzklage vorgegangen werden. Doch ist dabei der Schaden, den man durch die Ehrenbeleidigung erlitten hat, in Dollar und Cent genau nachzuweisen. Dafür gibt es aber wieder Schadenersatzklagen, die man in Deutschland und Deckerheit in dieser Form nicht kennt, z. B. Einklagen hoher Geldsummen als Schmerzensgeld in Verlobungs- und Ehevertragsangelegenheiten oder für Verletzung der Ehre durch einen verheirateten Mann oder einer verheirateten Frau. Wertwändig mutet auf den ersten Blick auch das Abschneiden an den Bahnhöfen an. Ein Händedruck, selten ein Kuß, und man ist fertig. Bahnsteigperren gibt es nur insofern, als der Zugang zum Bahnsteig erst unmittelbar vor Abfahrt eines Zuges geöffnet wird. Bahnsteigarten gibt es nicht, doch kann man Angehörige an den Wagen begleiten. Biele Klänge kennt man nicht, sondern nur plüschgepolsterte Waggons (nur vier- oder sechsachsige) und in jedem Zug einen Ledergesessenen für die Raucher. Die Pullman-Schlaf- und Speisewagen haben Namen, und zwar nach berühmten Personen, meistens des Mittelalters oder der altklassischen Geschichte, was dem Euroväer anfangs etwas kindlich vorkommt. Sämtliche Waggons sind elektrisch beleuchtet. Die elektrische Kraft wird durch einen Dynamo unter dem Wagen erzeugt, der mit der Wagenachse durch einen Dreieckigen verbunden ist. Die elektrische Kraft wird also durch die Eigenbewegung des Zuges gewonnen.

Auch sonst ist die Begrüßung denkbar einfach. Den Hut läßt man auf dem Kopf, es sei denn, man begrüßt Damen. Nur wenn man befreundet ist, greißt ein Herr eine Dame zuerst, sonst tut es die Dame, da man ihr das Recht einräumt, begrüßt zu werden, von wem sie will, und nicht, wie der Mann will. Auf der Straße geht man neben der Dame abwechselnd links oder rechts, je nach Umständen, doch ist die Straße auf der rechten Seite nach dem Fahrdamm befindet. Nur im Fuhrstuhl nimmt der Herr merklich bemerkbar den Hut ab, aber nur, wenn sich eine Dame im Sitz befindet oder aufsteigt. In Apotheken, wie man sie in Deutschland kennt, gibt es in Amerika nicht, ihre Dienste versehen Drogerhandlungen. Außer allen medizinischen und Drogerwaren kann man dort

aber auch Candy, Schokolade, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Zigaretten, Tabak und Zigarren kaufen. Außerdem befindet sich dort noch eine Bar für „soft drinks“, alkoholfreie Getränke und Eiscreme. Amerika ist das Land ohne Bedürfnis an Kassen, Städte mit einer Million Einwohnern haben vielleicht drei oder vier solche öffentliche Anstalten. Man hilft sich, indem man die Toiletten in den Warenhäusern und Geschäftslökalen benutzt.

Verhaftet kann man in Amerika sehr leicht werden. Bei irgendeinem Vorkommnis, bei dem man zufällig dabei war, wird man als Zeuge einfach mitgenommen und muß dann eine Nacht wohl oder übel in der Zelle des Polizeigefängnisses zubringen. Selbst bei kleinen Verletzungen, wenn man irgendwelchen Widerstand, oft auch nur mit Worten, leistet, wird man einfach festgenommen. Bei schweren Verbrechen werden Zeugen häufig Wochen, ja Monate lang bis zur Hauptverhandlung in Gewahrsam gehalten, wenn sie keine Freunde haben, die für sie Bürgschaft leisten.

Entschädigung für ungerechtfertigte Unterdrückung kennt man nicht.

Stellt sich heraus, daß jemand unschuldig soundso lange in Haft gehalten wurde, so wird er eben einfach freigelassen, und man kümmert sich nicht darum, ob er durch die lange Haft inzwischen seine Stellung und sein Vermögen verloren hat. In einem solchen Fall könnte höchstens im Zivilklagenwege auf Schadenersatz, aber nicht gegen den Staat, sondern nur gegen einen einzelnen Beamten vorgegangen werden, doch wird nur in den aller seltensten Fällen eine solche Klage erfolgreich sein, außerdem fehlt dem Kläger dann meistens auch das Geld, sich einen Anwalt zu nehmen, und hierzulande ist der Anwaltszwang viel weitreichender als in Deutschland.

Es gibt noch einen Unterschied zwischen Amerika und der Alten Welt, der wohlwendig berührt und erkennen läßt, daß der Yankee doch besser ist als sein Ruf. Es ist die Hilfsbereitschaft und die Gefälligkeit, die den Verkehr von Mensch zu Mensch auszeichnet. Wer ein Mißgeschick erlitten hat, braucht nicht umsonst um Hilfe zu bitten; er wird niemals abgewiesen werden. Auch gibt es nicht so viel Jant und Streit im öffentlichen Leben. Hat man es mit einem unerfreulichen Charakter zu tun, so schneidet man ihn einfach oder gibt ihm keine Antwort. Dann hört er von selbst auf, seinen Mitmenschen auf die Nerven zu fallen. Auch bössartige Streiche, die man dem lieben Nächsten spielt, gehören zu den Seltenheiten. Man hat dazu gar keine Zeit und hütel sich wohlweislich vor den unvermeidlichen Unannehmlichkeiten.

Wertwürdiger Gedächtniswund.

Vor drei Jahren verschwand plötzlich und heimlich ein Rechnungsführer der kädtischen Schulverwaltung in Chicago. Lewis Varion. Sein Sohn verließ damals die Schule und machte sich auf, den Vater, der sich übrigens keinerlei Verfehlungen im Amt hatte anzuclenden, kommen lassen, zu suchen. Er fand eine Spur, die nach Texas führte. Erst nach drei langen und harten Jahren, hat er den Verschollenen in Dallas (Texas) wiedergefunden.

Varion erklärt sein Verschwinden mit plötzlichem Gedächtniswund. Er aab an, daß er sich nicht entsinnen könne, wann er Chicago verlassen habe, und wann er in Texas angekommen sei. Dies Betragen seines Gehirns sei durch Ueberarbeitung zu stark gekommen. „Ich erinnere mich“, sagte er, „in Chicago zum Fluß gegangen zu sein, um zu sterben. Ich war an Leib und Seele gebrochen und dachte, ich könnte meine Familie nie mehr glücklich machen. Jetzt erst, beim Audid meines Sohnes, bin ich wieder zu mir gekommen.“

Das Eigenartige an dem Fall aber ist, daß Varion während der drei Jahre bei der Dallas-Alphab-Gesellschaft angestellt war, wo er in

dieser kurzen Zeit sich ein Vermögen von 80 000 Dollar erworb, das er in Werken seiner Gesellschaft angelegt hatte. Man steht daher seinem Gedächtniswund einigermaßen skeptisch gegenüber.

Viertausend Händedrucke.

Das ist der Rekord, den soeben der englische Minister Baldwin mit Unterstützung seiner Gattin geschaffen hat. Bei einem Empfang, der ihnen zu Ehren stattfand, haben sie zweitausend Händedrucke und zweitausend Händeschütteln der konservativen Partei die Hände geschüttelt. Diese Bezeugungen einer gesinnungstüchtigen Koridalität beschränkten sich aber nicht etwa nur auf eine gewöhnliche Schake-hand. Vielmehr sprachen Herr und Frau Baldwin zu jeder Person ein liebenswürdiges Wort und schenkten ihr ein entzücktes Lächeln. — Sie sollen am Abend beide vollkommen gebrochen gewesen sein, ihre so veränderlich aber äußerst zufrieden. Es ist nicht immer leicht, Minister und populär zu sein. . .

Die teuerste Stadtverwaltung.

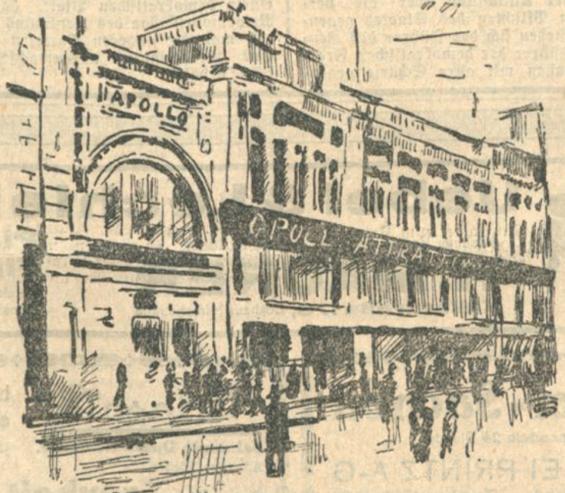
Die teuerste Stadtverwaltung innerhalb der gesamten Vereinigten Staaten besitzt Atlantic City, wie aus soeben veröffentlichten Statistiken des Bundes-Handelsdepartements hervorgeht, das eine Liste von 247 Städten mit einer Bevölkerung von über 30 000 Seelen zusammengestellt hat. Selbst die Stadt Nework wird von Atlantic City, einem Badeort, bezüglich der Verwaltungskosten pro Kopf der Einwohnerschaft noch übertroffen. Die Unkosten, auf den Kopf der Bürger gerechnet, betrugen im Jahre 1925 bei der Verwaltung dieses Badesortes nicht weniger als 104,94 Dollar und die Schulden gar 277,98 Dollar. Was die Schulden anbelangt, so kann sich übrigens auch Jersey City einer ganz anständigen Summe rühmen: hier kommen 225,06 Dollar auf jeden Einwohner.

Jean Richepin t.



Der durch seine Romane und Bühnenwerke berühmte Dichter Jean Richepin (im Bilde) ist, 78 Jahre alt, in Paris gestorben. Er durchlief in seiner Jugend die verschiedensten Berufe, war Matrose, Arbeiter, Zirkusakrobat, machte in dieser Tätigkeit die besten Studien und wurde berühmt durch seine Bettler- und Proletarierlyrik, die ihm aber auch eine Gefängnisstrafe einbrachte (Vie der Bettler). Noette Guilbert sang seine Lieder in aller Welt, seine Dramen fanden begeisterte Aufnahme. Seit dem Jahre 1908 war Jean Richepin Mitglied der Akademie.

Theaterbrand in Rom.



Das Apollo-Theater in der Via Nazionale, der Hauptstraße Roms, wurde kürzlich ein Raub der Flammen. Als eben die Vorstellung beendet war, entzünd plötzlich durch Kurzschluss Feuer, das sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Es entstand eine Panik, doch konnte großes Unheil vermieden werden, da Feuerwehr und Militär das Feuer bald auf seinen Dord beschränken konnten. Das Theater brannte völlig aus und leider sind dem Brande auch Menschenleben zum Opfer gefallen. Unser Bild zeigt das Apollo-Theater in der Via Nazionale in Rom.

Geschäftsdiebe und Geschäftspolizei.

Das Seidentuch in der Thermosflasche. — Erlebnis im Fuhrstuhl.

Wenn die Portale der großen Geschäftshäuser des Morgens geöffnet werden, das Meer der Verkäufer und Verkäuferinnen seinen Dienst aufnimmt, gehen auch die Geschäftsdiebstahls an die Arbeit. Kein Tag im Berliner Warenhaus, der ohne Diebstahl abgeht. Die Diebstahlsfälle sind in der Regel geringfügig, aber die Zahl der Ladendiebe zunehmen lassen. Da sind zunächst die gewerksmäßigen Taschendiebe, die hier gelegentlich eine Gastrolle geben. Sie haben eine besondere Vorliebe für das „Gedräng“. Hier Geldtäschchen in einer Stunde zu erbeuten, dazu gehört schon alterhand Routine. Eine Diebin brachte es fertig, in der Abteilung für Lebensmittel, und nur arme Frauen suchte sie sich als Opfer aus. Nicht minder gerissen zeigte sich ein Dieb im Fuhrstuhl. „Können Sie mir vielleicht sagen, wie spät es ist?“ fragte er den eleganten Herrn, der wohl vorfichtig, die Hand aus der Brieftasche in der Tasche des Mantels hielt. Als der Herr aber noch höher aufsteigt, muß er feststellen, daß ihm seine Hüfttasche zum Verhängnis geworden ist. Während er die Hand aus der Tasche zog, den Mantel etwas zurückschlug, um die Uhr herauszuholen, stahl ihm der geschickte Dieb die Geldtasche mit 300 Mark.

Die gewerksmäßigen Ladendiebe versuchen es durchweg zu zweien oder in einer systematisch organisierten „Kolonne“, ihre Beute zu erbeuten. Der eine Dieb macht die „Wand“ oder gibt „Deckung“, und in einem günstigen Moment, wo die Verkäuferin abgelenkt oder beschäftigt ist, läßt der andere Dieb Stoffe, seidene Strümpfe und andere Dinge verschwinden. Die Tricks und Hilfsmittel, mit denen sonst noch gearbeitet wird, sind recht raffiniert, wobei sich der Dieb, so daß die Diebe gegenüber den geschulten Detektiven der Warenhäuser trotzdem einen äußerst schweren Stand

haben. Da will des Morgens ein recht beleibter, jovial aussehender Mann das Kaufhaus verlassen. Seine „Tasche“ ist verdächtig. Der Herr muß sich einer Untersuchung unterziehen lassen. Und was entdeckt man? Der Herr hat sich am Abend vorher einschließen lassen und hat sich die Nacht in eine Unmasse von Anzügen, immer eine Nummer größer als die andere, so eingepuppt, daß er regelrecht ausgewickelt werden muß.

Der Trick mit der Diebestasche könnte ebenjogut auf einer Zauberszene als kleine Sensationsnummer abgewickelt werden. Jedemal, wenn die Dame im Pelzmantel verschwinden ist, sind auch die Gegenstände fort, auf die sie ihre Tasche gestellt hatte. Schien die Anlegenheit zuerst sehr geheimnisvoll, war sie nachher sehr einfach. Die Diebstasche war unten aufgeschnitten. Durch den Schlitz wurden mit der Hand Strümpfe, Seidentücher, Kravatten einfach in das Innere der Tasche gezogen. — „Was ist denn das nur?“ dachte sich eines Tages eine Verkäuferin, als vorn aus dem Mantel eines Herrn an einer sonderbaren Stelle sich auf einmal taufend zwei Finger herausgehoben, behutlich ein Bündel Kravatten ergriffen und langsam vom Tisch unter den Mantel hogen. „Sollte dieser Herr tatsächlich drei Hände haben?“ Trug er doch die eine in der Tasche, während er mit der anderen Hand die Herrensäckchen auf ihre Dualität prüfte. Der Dieb hatte sich aus dem Mantel eine Tasche herausgeschneitten. Die geheimnisvollen Finger gehörten der Hand an, die scheinbar in der „Manteltasche“ lag.

Eine Frau liebt es, ihr Kind beim „Einkauf“ immer eine Weile hinzuziehen, um nachher, wenn sie das Kind aufnahm, auch die Ware verschwinden zu lassen, auf der das Kind gefahren hatte. Für den Laien erscheinen diese Tricks und Methoden ungeheuerlich raffiniert. Der geschulte Warenhausdetektiv läßt sich nicht dadurch täuschen. Seine Augen sind sogar imstande, durch die Wandung einer Thermosflasche hindurchzudringen, in der eine Angekettete zusammengeknallte Seidentücher nach draußen zu schauen veruchte.

Aber nicht nur gewerksmäßige Diebe und Diebinnen gibt es hier, auch krankhaft veranlagt. So mutet es recht sonderbar an, wenn man hört, daß eine einfache Frau mal ein Gefangener stahl, das sie ihrer Tochter zur Konfirmation schenken wollte; aber noch sonderbarer, daß eine Frau aus begütertem Hause einen Kleiderkauf tätigte und dann in einem plötzlichen Anfall von Schwäche ein kleines Handtäschchen im Werte von nicht ganz zwei Mark stahl, um es ihrer Tochter zu schenken. Natürlich sind die Ertrypen um Ausreden nicht verlegen. „Die Gelegenheiten war so günstig.“ — „Es ist mir an den Knöpfen der Handschuhe hängen geblieben.“ — „Ich wollte ja nur mal probieren, ob die Kontrolle wirklich so streng war.“ Andere wollen den Diebstahl nur auf Grund einer Wette begangen haben. Wieder andere sagen, es sei so verlockend gewesen. In dieser letzten Ausrede liegt vielleicht viel Wahrheit. Denn daß die raffiniert ausgelegten, von einem magischen Licht überfluteten Waren gerade für weibliche Gemüter einen starken Anreiz geben, läßt sich natürlich nicht leugnen.

Fast alle Diebe werden rückwärtslos der Polizei ausgeliefert, weil die Diebstahle so stark zugenommen haben, daß man nur noch mit drastischen Mitteln auszukommen glaubt, um sich gegen die überhand nehmende Diebesgefahr zu schützen.

Der höfliche Einbrecher

Vor dem Mezer Schwurgericht hatte sich der Sohn eines französischen Schiffskapitäns Raibaldi aus Korsika wegen zahlreicher Einbrüche zu verantworten. Bei Kriegsausbruch war das Verlesung des Verbrechens, der eine sorgfältige Erziehung, genossen und das Gymnasium besucht hatte, aber bald darauf durch schlechten Umgang auf eine abschüssige Bahn geraten war, mit 11 Strafen belastet. Bei Aufnahme seiner Tätigkeit in Metz, wo er sich hauptsächlich auf Manfardeneinbrüche verlegte, wies das Strafregister außerdem 30, 18 Malbaldi, in 18 Häusern in

die Manfardenwohnungen einzudringen und dabei Wäsche, Kleidungsstücke, Schmuckstücke, Uhren und Bargeld im Gesamtwerte von 15 000 Franken zu erbeuten. Die Bestohlenen waren meistens Dienstmädchen und Hausfrauen, die bei der Gerichtsverhandlung in endlosen Reihen als Zeugen auftraten. Die Geschworenen verurteilten Malbaldi, der bei seinen Einbrüchen gegen die Bestohlenen immer wieder mit der größten Höflichkeit und Zuvoorkommenheit aufgetreten war, zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Aufenthaltssperre.

Ein prinzipieller Kapellmeister.

Ein Vetter des Kaisers, Prinz Joachim Albert von Preußen, ist soeben von einem amerikanischen Manager zu einer Konzertreise von drei Monaten durch die Vereinigten Staaten engagiert worden. Der Prinz wird seine eigenen Kompositionen dirigieren. Er wird in Fachkreisen als Komponist von nicht unbeträchtlichem Können angesehen und soll überdies ein ausgezeichnetes Cellist sein. Man kennt von ihm hauptsächlich kleinere Symphonien und rhapsodische Phantasien. Sein neuestes Werk sind „Reminiscenzen an Wien“.

Sternenwunder.

Der berühmte englische Professor Eddington verkündet, daß, in der Gesamtsternenwelt, unsere Sonne weder ein Kriktokrat noch ein Proletarier ist, sondern nichts als eine winzige Masse, die bedeutsam nicht mehr als 2 Seentillionen (2 000 000 000 000 000 000 000 000) Tonnen repräsentiert. Ein hischen Strohal also! Es gibt Sterne, die zehn Millionen mal größer als die Sonne sind, während der Sirius, das hellste aller Sterne, fast das gleiche sein soll. Um eine Tonne von der Masse jener Riesensterne aber unterzubringen, bedürfte es, nach der Behauptung des Engländer, mindestens einer Stadt wie Paris; dagegen würden tausend Kilogramm vom Sirius, aufkommegerecht, in eine Streichholzschachtel hineingeben.

Vom Wort zur Tat.

Die badische Regierung hat dem Landtag eine Programmklärung abgegeben, der Landtag hat einen Tag lang sich mit Eifer einer politischen Aussprache hingegeben, die Regierungsparteien haben feierlich einen Vertrauensantrag eingebracht, eine Abstimmung wurde infolgedessen, deren Ergebnis von vornherein jedermann kannte. Wozu? Wozu hat man den parlamentarischen Apparat so geräuschvoll in Tätigkeit gesetzt? Nur um zu erklären, daß alles beim Alten bleibt? Eine Regierungskrise war nicht vorausgegangen, die alte schwarz-rote Koalition arbeitet mit sicherer Mehrheit, die Aufnahme eines dritten Partners war eigentlich nur ein Gnadenakt und war von vornherein an die Bedingung geknüpft, daß sich an dem bisherigen Kurs nicht das Geringste ändere. Wie hätte es auch anders sein sollen? Wer die Macht hat, wird freiwilligerweise auf kein Jota verzichten. Die alten Regierungsparteien haben diese ihre Ansicht auch unabweisbar verkündet mit den Worten: Keine Veränderung der politischen Wehrhaltung.

Die Veränderung im äußeren Bild der Regierung ist für die tatsächlichen Machtverhältnisse ohne Belang. Der schwarz-rote Austrich, der im Lande nicht recht gefallen wollte, sollte einen gefälligeren Ton bekommen. Das ist der Zweck der ganzen Aktion. Die Demokratische Partei hat gelaubt, sie sei es dem Lande schuldig, der schwarz-roten Regierung eine neue hinzu zufügen. Wenn man sich daran erinnert, was der Führer der Demokraten im Landtag vor etwa einem Jahr im Landtag über die Erfahrungen seiner Partei als Regierungspartei eingestanden hat, dann muß man den Mut bewundern, mit dem der Abg. Glodner nun am Mittwoch im Landtag behauptet, durch den Eintritt der Demokratischen Partei habe das freiheitlich gestimmte Bürgertum wieder Einfluß in der Regierung erhalten. Wir zweifeln nicht an dem guten Willen des Abg. Glodner, ebensowenig wie wir an dem guten Willen und der guten Absicht des neuen demokratischen Unterrichtsministers zweifeln, aber mit dem guten Willen allein ist der Erfolg nicht errungen. Entscheidend bleibt immer, ob dem Willen auch die Kraft zur Verfügung steht, zur Tat zu werden. Diese Frage wird man für die Demokratische Partei angesichts der jetzigen Machtverhältnisse in Baden nicht bejahen können. Die Erfahrungen der Vergangenheit sind nicht ermutigend. Die Demokratische Partei wird wieder Sündenbock und Bligabeler für die beiden andern

Regierungsparteien spielen müssen, besonders dann, wenn — wie anzunehmen ist — die Opposition etwas rührig wird.

Die Sorge über diese Möglichkeit scheint auf der Demokratischen Partei zu laften, nur so kann man die Bemühungen verstehen, die Nachbarpartei zur rechten Milde zu stimmen. Schon Ende November, bald nach dem Scheitern der großen Koalition, veröffentlichte die „Frankfurter Zeitung“ unter der Überschrift: „Die Entscheidung in Baden“ einen Artikel mit einem bemerkenswerten Schluß. Da wird gesagt, die große Koalition sei doch eigentlich nur an technischen Schwierigkeiten gescheitert — soll heißen, niemand trägt eine Schuld — für die große Koalition in Baden spräche in der Tat manches, und in ganz weiter Ferne läßt das Blatt die Möglichkeit auftauchen, daß es doch noch zur großen Koalition kommen könnte, in späterer Zeit, wenn — ja wenn die Volkspartei im Hinblick auf solch rosiges Zukunftsbild recht brav bliebt und keine „Politik der Revanche“ treibt. Auch die Rede des demokratischen Unterrichtsministers im Landtag klang mit dem Wunsch aus, daß die Volkspartei recht bald von ihrem Mißtrauen abkommen möge. Und auch das Zentrum, das für keine geordnete Parteien immer ein gutes Herz hat, hielt sich für verpflichtet, der Demokratischen Partei in ihrer Sorge beizuspringen. Ganz leutselig meinte der Abg. Höhr im Landtag, die Volkspartei habe doch eigentlich gar keinen sachlichen Grund zur Opposition.

Der Einblick in diese Stimmungen gibt die Erklärung dafür, warum man den parlamentarischen Apparat in den letzten Tagen so geräuschvoll aufgezogen hat: Weil die Demokratische Partei und auch die Zentrumspartei das Bedürfnis empfunden haben, die Schuld für das Nichtauskommen der großen Koalition von sich abzuwälzen und etwaige Oppositionsabsichten zu dämpfen.

Der Tag wird vielleicht sehr bald kommen, an dem Herr Abg. Glodner sehr ungern an seinen Optimismus erinnert wird, daß nun das freiheitlich gestimmte Bürgertum wieder Einfluß in der Regierung habe. Wenn es zur praktischen Inangriffnahme der Aufgaben kommt, die in der Regierungserklärung angekündigt werden, dann werden die Gegenstände in aller Schärfe wieder aufbrechen. Wir erinnern nur an die Auseinandersetzungen über das Kirchenvermögen. In der Auffassung über die vermögensrechtlichen Pflichten des Staates gegenüber der Kirche stehen sich der Führer des Zentrums und der Führer der demokratischen Fraktion bekanntermaßen mit aller Schärfe gegen-

über, man darf sich nur an einige Auseinandersetzungen zwischen Schofer und Glodner bei den Beratungen erinnern. Dann die Schule: Von volksparteilicher Seite ist im Landtag die recht interessante Mitteilung gemacht worden, daß in den Vereinbarungen, die bei einem Eintritt der Volkspartei in die Regierung in Wirksamkeit getreten wären, die Erhaltung der Simultanfakultät ausdrücklich betont war, das jetzige Regierungsprogramm sagt nur, die Regierung stehe auf dem Gebiet der Schule auf dem Boden der Reichsverfassung, d. h. die Zukunft der Simultanfakultät in Baden ist völlig ungewiß und hängt von der Gestaltung des Reichsschulgesetzes ab.

Nach dieser Richtung gehen auch die Hoffnungen des badischen Zentrums, das mit dem Angriff auf die badische Simultanfakultät nicht zögern wird, wenn das neue Reichsschulgesetz eine Möglichkeit dazu bietet. Der neue Unterrichtsminister ist zwar im Landtag für die Simultanfakultät eingetreten und hat an das Verständnis des Landtags appelliert, sein Ruf wird ungehört verhallen, wenn um der Schule willen die politische Macht in die Hände geworfen wird. Von der Sozialdemokratie fürchtet das Zentrum keinen Widerstand. Was will die Demokratie tun?

Die Regierungserklärung sagt: Baden ist als selbständiger Bundesstaat ein Bestandteil des Reiches. Es ist u. a. das erstmal seit dem Umsturz, daß die Selbständigkeit des Landes in dieser auffallenden Form offiziell betont wird. Das Zentrum, von dem diese Form aussieht, weiß, daß es damit Sympathien in der Bevölkerung findet. Die Demokraten haben sich dieser Form unterworfen, trotzdem ihre führenden Mütter und Politiker den Völkern die Existenzberechtigung abbrechen. Auch der Sozialismus ist kein Freund der Selbständigkeit und wir haben im Landtag das merkwürdige Spiel erlebt, daß die Sozialdemokratie als Regierungspartei den Satz über die Eigenstaatlichkeit kritisierte.

Auch das angeforderte Landtagswahlgesetz wird starke Gegenstände hervorrufen. Die bisher bekannt gewordenen Reformvorschlüge des Zentrums sind von der Sozialdemokratie offiziell scharf abgelehnt worden und wie man in der Demokratischen Partei über die Zentrumsvorschlüge denkt, zeigt ein Urteil aus einem demokratischen Blatt, das schrieb, die Reformvorschlüge des Zentrums zeigten davon, daß man die anderen Parteien in Baden für eine Vereinigung ausgewählener Dummköpfe hält!

Mit der Erklärung des Abg. Glodner, der Eintritt der Demokraten in die Regierung sichere dem freiheitlich gestimmten Bürgertum wieder Einfluß zu, hat die Demokratische Partei eine sehr schwere Verantwortung übernommen. Zentrum und Sozialdemokratie werden ihr sicherlich nicht diese Verantwortung erleichtern, und die Opposition wird nicht verschlen, die Demokratische Partei vor der Öffentlichkeit an ihr Wort zu erinnern, und sie vor die Notwendigkeit zu stellen, dem Wort die Tat folgen zu lassen.

Schlägermenjur ist Zweikampf mit tödlichen Waffen.

Von Regierungseite wird uns geschrieben: In badischen Zeitungen ist in letzter Zeit mehrfach die Ansicht vertreten worden, daß lediglich in Baden Schlägermenjuren als Zweikampf mit tödlichen Waffen gerichtlich verfolgt würden. Daß dem nicht so ist, beweist jetzt wieder eine Mitteilung aus Leipzig über eine Entscheidung des Reichsgerichts zur Schlägermenjur. Durch Plenarentscheidung vom 2. Juni 1926 hatte das Reichsgericht in Nachprüfung einer älteren grundsätzlichen Reichsgerichtsentscheidung bereits ausgesprochen, daß Induzierung eines Zweikampfes als Verbrechen mit tödlichen Waffen nach § 205 St. G. B. zu bestrafen sind. Diese Entscheidung ist am letzten Freitag wiederum infolge Anfechtung eines Urteils des Schöffengerichts in Köln vom 1. Strafsenat des Reichsgerichts bestätigt worden. Daraus ergibt sich, daß auch außerhalb

Die Steuerbewertung der Grundstücke.

Die deutschnationale Fraktion hat folgende Anfrage im Landtag eingebracht: Die Bewertung der Grundstücke und Gebäude zur Feststellung der Einheitswerte nach dem Reichsbewertungsgesetz hat eine beträchtliche Steuerbelastung der badischen Wirtschaft infolgedessen in Erscheinung treten lassen, als badische Landesfinanzamt Karlsruhe den Sachverhalt aus der Rahmenverordnung des Reichsfinanzministeriums für Gebäudewerte, Einfamilienhäuser, Mietshäuser zurangegangen während die Städte des Landesfinanzamtes Berlin, dem sich eine ganze Reihe von Finanzämtern angeschlossen hat, für diese Vermögensgegenstände sich bis zur unteren Grenze jener Rahmenverordnung bewegen. Was beabsichtigt die badische Regierung zu tun, oder was hat sie bereits getan, um diese Steuerlast und wirtschaftliche Überbelastung der badischen Wirtschaft zu verhindern?

Blumengeschäft
Gretel Weiss-Fleckenstein
Bürgerstraße 20
alle Arten Blumen-Arrangements
in bekanntester Ausführung
und billigster Berechnung

TASCHEN, U. ARMBAND, UHREN
in jeder Preislage
und Ausführung
Uhrmachermeister
KITTEL
Am Hauptbahnhof

KUNSTHANDLUNG MOOS
Kaiserstraße 187 - Telephon 994
Größte Auswahl in Radierungen
und gerahmten Bildern als
Passende Geschenke
Einrahmungen prompt und
billigst in eigener Werkstatt

Erfres Tanzinstitut
R. Allegri
P. Allegri-Bayz
Beginn neuer Anfänger- und Perfektion-
Kurse, Friseurlehre 5
Sprechzeit, 10-11 und 5-6 Uhr

Für Weihnachten!
Photo-Apparate — Photo-Albuns
Parfümerien in reicher Auswahl!
Schwarzwald-Drogerie
Fritz Reis jr., Verbandsdrogist
Sofienstr. 128 Ecke Schillerstr., Tel. 5508

Uebel & Lechleiter
Alleinige Vertretung in Karlsruhe:
H. MAURER
Kaiserstraße 176, Eckhaus Hirschstraße
Pianos Flügel
Katalog kostenlos
Günstigste Teilzahlung

Trauer-Sachen
färbt innerhalb 24 Stunden
FÄRBEREI PRINTZ A-G
Annahmestellen überall — Telephon 4507/4508

Chasalla bequem elegant
bekannte Qualitätsmarke. preiswürdig!
Alleinige Niederlage
Schuhhaus **Freyheit** Kaiserstr. 117

Badisches Landestheater
Spielplan vom 18. bis 28. Dezember 1926

a) **Im Landestheater:**
Samstag, 18. Des. Nachm.: „König Drosselbart“, 7½ bis gegen 9¼. (8.—) Abends: Volksbühne 4. „Danton“, 7½ bis gegen 9¼. (8.—) Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.
Sonntag, 19. Des. Nachm.: 5. Vorstellung der Sondermiete für auswärtige „Garten“, 2¼—5¼. (5.—) Abends: *D 11 (Donnerstagmiete), Th.-Gem. 2. S.-Gr. „Alba“, 8. B. S.-Gr. 7—10. (8.—)
Montag, 20. Des. Volksbühne 4. „Danton“, 7½—9¼. (8.—) Der 4. Rang ist für den allgem. Verkauf freigegeben.
Dienstag, 21. Des. *C 10, Th.-Gem. 901—1000. „Der Barbier von Sevilla“, 8—10¼. (7.—)
Mittwoch, 22. Des. *B 11, Th.-Gem. 1. S.-Gr. „Pantaleon unter den Juden“, 7½—10¼. (8.—)
Donnerstag, 23. Des. Volksbühne 4. „Danton“, 7½ bis gegen 9¼. (8.—) Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.
Freitag, 24. Des. Keine Vorstellung. Die Vorverkaufsstelle wird nachmittags 1 Uhr geschlossen.
Samstag, 25. Des. Nachm.: „König Drosselbart“, 2¼ bis gegen 5. (5.—) Abends: Außer Miete (erstes Vorrecht Miete G), zum erstenmal: „Turandot“, Verliches Drama von Giuseppe Verdi und Renato Simon. Musik von Giacomo Puccini. 7—10¼. (8.—)
Sonntag, 26. Des. Außer Miete (erstes Vorrecht Miete A), „Die Meistersinger von Nürnberg“, Von Richard Wagner. 5 bis nach 10. (8.—)
Montag, 27. Des. Außer Miete (erstes Vorrecht

Miete B), „Die Puppenfee“, Hierauf: „Klein Adas Blumen“, 8—9¼. (7.—)
Dienstag, 28. Des. *G 11, Th.-Gem. 1101—1200. „Der Jungbrunnen“, 7—10¼. (7.—)

b) **Im Konzerthaus:**
Samstag, 25. Des. * „Die Durchsäuerin“, 7½ bis gegen 10. (4.—)
Sonntag, 26. Des. * „Die fünf Karnikel“, 3 bis gegen 5¼. (8.—) Abends: * „Die Durchsäuerin“, 7½ bis gegen 10. (4.—)

Vorrecht a) bei Vorstellungen Umtausch für Inhaber von Blochstein jeweils ab Samstag nachmittags 8¼—5 Uhr; b) für Vorstellungen außer Miete: Vorrecht der Platzmieter mit 10 Prozent Nachlaß auf die Tagespreise jeweils Samstag vormittags von 9¼ bis 12 Uhr. — Die im Wochenplanplan genannte Mietabteilung hat das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. — Im ersten Vorrecht wird unter den Mietabteilungen abgewechselt. c) Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags 9¼ bis 12 Uhr. Vorverkaufsstelle des Landestheaters, Hirschstraße 688. In der Stadt: Hauptverkaufsstellen: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Hirschstraße 888, und Reichshaus Hermann Meier, Kaiserstraße 141, Hirschstraße 450. Weitere Verkaufsstellen: Zigorrenhandlung Dr. Brunner, Kaiserstraße 29, Fernruf 4351 und Am R. Holzschuh, Werderstr. 48, Fernruf 508
Deutsche Theater-Anstaltung, Magdeburg, Mai bis September 1927.

TAPETENHAUS
Ed. Beck Kaiserstr. 156 - Tel. 3062
gegenüber der Hauptpost

Ludwig Schweisgut
Erbprinzenstraße 4
(beim Rondellplatz).
Alleinvertreter der Flügel und Pianos
von Bechstein, Blüthner, Grottrian-Steinweg,
Schiedmayer & Söhne, Thürmer.

Feinstes dänisches Erzeugnis
Vom Guten das Beste
Größte Käsefabrik

Herren- u. Damen-Konfektion
Auf Teilzahlung
Carl Storsberg
Kaiserstr. 247
Eingang Leopoldstr.
Schwestergeschäfte Saarbrücken, Darmstadt,
Elberfeld, Ludw.hafen, Mannheim, Pforzheim

Gegr. 1846
Reiches Lager
Niedere Preise
Nur Qualitätswaren
J. PETRY Wwe.
Erzeugnisse der Württemberg. Metallwarenfabrik Geislingen-St.
Kaiserstr. 102

MASSAGEN
Aerztl. geprüft
FRIDA DÖRR
Friedrichsplatz 11 - Telephon Nr. 6841

INDUSTRIE- UND HANDELS-ZEITUNG

Deutschlands Ernte 1926.

Starker Ausfall an Brotgetreide und Kartoffeln.

Nach den endgültigen Schätzungen der amtlichen Verichteratter ergeben sich für die diesjährige Ernte im Deutschen Reich folgende Gesamterträge gegenüber dem Vorjahre und dem Durchschnitt der letzten drei Vorkriegsjahre (umgerechnet auf das jeilige Reichsgebiet):

Fruchtarten	1926	1925	Mittel 1911/18
	in 1000 Tonnen		
Winter-Weizen	2 356	2 076	3 820
Sommer-Weizen	242	241	445
Winter-Spelz	129	155	415
Winter-Roggen	6 321	7 065	9 453
Sommer-Roggen	85	98	132
Hafer	6 325	5 585	7 680
Winter-Gerste	332	317	—
Sommer-Gerste	2 131	2 282	2 870
Lupinen	57	53	962
Kartoffeln	30 031	41 718	37 962
Zuckerrüben	10 495	10 326	13 986
Runkelrüben	23 073	24 752	—
Rice	8 589	9 051	7 585
Luzerne	1 690	1 515	1 193
Bewässerungs- Wiesen	1 627	1 695	2 110
Anderer Wiesen	21 631	20 968	20 579

Die nach den ungünstigen Witterungsverhältnissen des Jahres 1926 vorauszuweisen war, bleiben jedoch die diesjährigen Erträge bei fast allen wichtigen Fruchtarten mehr oder minder stark gegenüber den vorjährigen Ergebnissen zurück, die allerdings als recht ergiebig anzuspreehen waren. Am verhältnismäßig härtesten ist der Ernteausfall im Vergleich zu den vorjährigen Angaben bei den Kartoffeln, die ein Minderergebnis um rund 11,69 Mill. Tonnen, d. i. 28 v. H. aufweisen. Nachstehend zeigt sich eine starke Verringerung der Erträge beim Brotgetreide, dessen Gesamternte um 2,3 Mill. To. (20,1 v. H.) kleiner als im Vorjahre geblieben ist, darunter um 1,66 Mill. To. (20,6 v. H.) an Roggen und um 646 000 To. (19,2 v. H.) an Weizen einschließlich Winterpelz. Ergiebiger als an Brotgetreide ist die neue Ernte im allgemeinen an Futtergetreide ausgefallen, hauptsächlich an Hafer, an dem im ganzen ein Mehrertrag von 740 000 To. (13,3 v. H.) gegenüber dem Vorjahre angenommen wird. Bei den Sonderfrüchten zeigen außer Kartoffeln auch die Runkelrüben einen starken Minderanfall (um 1,63 Mill. To. (6,3 v. H.)), während an Zuckerrüben im ganzen ein höherer Ertrag als im Vorjahre, und zwar um rund 169 000 To. (1,6 v. H.) gerechnet wird. Von anderen Fruchtarten ist hauptsächlich noch das geringere Ergebnis an Rice (um 462 000 To. = 5 v. H.) gegenüber 1925 zu vermerken, das zumeist jedoch auf eine Verminderung der Ernteerträge zurückzuführen ist, die sich infolge starken Minderertrages ergeben hat. Bei den übrigen Futterpflanzen übersteigt die diesjährige Ernte fast allgemein die vorjährige, insbesondere an Wiesenheu, an dem im ganzen ein größerer Mengenertrag von 654 000 To. = 2,9 v. H. als im Vorjahre angenommen wird.

Das Bankgewerbe zu den Enquete-Fragen.

Auf dem Bankett des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes sprach Direktor Reinhardt als Mitglied des Kredit-Ausschusses der Enquetekommission über dessen Arbeiten. Das Bankgewerbe werde es, so führte er u. a. aus, ohne Zweifel als Ehrenfache betrachten, nach Kräften zur Klärung der aufgeworfenen Probleme und Fragen beizutragen, doch müsse vor allem umfangreiche statistische Arbeiten, die das Personal unnötig belasten, gemieden werden. Man dürfe nicht aus allem, was sich im Bankgewerbe abspiele, weittragende wirtschaftliche Schlüsse ziehen. Hinsichtlich der Organisation der Banken betonte Reinhardt erneut, daß ein Kartellbildung nicht vorzuziehen, da gegen den Widerspruch auch nur eines Mitgliedes in den meisten Fällen in den Vereinigungsgemeinschaften keine Beschlüsse zustande kämen.

Er kam sodann auf die Kreditbedingungen zu sprechen, wobei er wiederum darauf verwies, daß man nicht die Sätze für täglich abzurufen Gelder (3-3½ Prozent) mit denen für langfristige Ausleihungen (9 Prozent) vergleichen dürfe. Hierbei sei auch vor allem die Liquidität zu berücksichtigen, die durch den Wandel in der Zusammenziehung von Kreditoren und Debitoren eines der schwierigsten Probleme für die Bankleitungen sei. Die Kreditoren seien vielfach nur Ueberflüsse aus aufgenommenen Auslandskrediten, zu einem nicht unwesentlichen Teil effektive Auslandsgelder. Deshalb müsse auch eine allzu schnelle Senkung der Zinssätze in Deutschland unerwünschte Folgen haben. Im Zusammenhang hiermit erwähnte Reinhardt die Ueberziehungsprovision, wobei er darauf hinwies, daß die Rabatte im Warenhandel vielfach die Sätze übersteigen, weshalb es ein gutes Geschäft sei, Bankkredit zu beanspruchen, um damit Warenbezüge zu finanzieren. Auch die sogenannte Vereinfachungsprovision sei durch die höhere Gelddarlehensbelastung als weiteres Moment der Zinsvereinerung bezeichnet, die im Verhältnis zu den Umständen getragene Arbeitslast; die Statistik der Abrechnungsstellen zeige eine Verminderung des Durchschnittsbetrages des einzelnen Abrechnungspapiers von 4717 M. in 1913 auf 1790 M. in 1925, woraus ersichtlich sei, daß sich der Geschäftsvorkehr in erheblich kleineren Beträgen abmildert.

Dr. Reinhardt kam sodann auf die allgemeine Kontraktion des Geldmarktes zu sprechen. Er hob die Bestrebungen der Reichsbank auf Verminderung der Zinssätze zwischen lang- und kurzfristigen Geldern hervor, wobei abzumachen sei, ob und in welchem Umfange dazwischen liegenden Erfolg beschieden sein werde. Die Ueberflüsse am kurzfristigen Markt führten Nebenher auf die Konvention der Auslandskredite zu, über die die langfristigen Wirtschaftskräfte noch eine größere Rolle spielten, als man neuerdings anzunehmen geneigt sei. Endlich kam die Sprache auf die öffentlichen Gelder und ihre Konkurrenz für das private Bankgewerbe, wobei die Bestrebungen auf Konzentrierung von Reinhardt begrüßt wurden. Eine Entbürokrätigung der Provinz sei jedoch unter Hinweis auf die Einrichtung des telegraphischen Giro nicht zu befürchten. Den Ansichten des Reichsbankpräsidenten über die Auslandskredite — kritisch seien ihre Tempo, Ausmaß und Verwendung — wurde zugestimmt, und zu den Effektenkäufen des Auslandes angemerkt, daß sie zeitweise recht belangreich gewesen seien, stets aber wohl nur der vorübergehenden Spekulation gedient haben.

Diskontherabsetzung der Bank von Frankreich.

Die Bank von Frankreich hat von heute ab den Diskontsatz von 7½ auf 6½ Prozent und den Zinssatz für Vorstöße von 9½ auf 8½ Prozent herabgesetzt.

Telegraphischer Giroüberweisungsverkehr.

Vom 20. Dezember ab nehmen sämtliche Reichsbankstellen von den Inhabern der bei ihnen geführten Girokonten Anträge zur telegraphischen Ueberweisung von Beträgen entgegen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Kohlenwirtschaft 1924/25.

In dem Bericht des Vorstandes des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats über die Geschäftsjahre 1924/25 und 1925/26 heißt es u. a.: In den Berichtsjahren 1924/25 und 1925/26 entwickelten sich in der deutschen Wirtschaft und auch im Ruhrbergbau die Verhältnisse einer Gesundung. Die technischen Einrichtungen wurden mit Hilfe der Auslandskredite auf den neuesten Stand gebracht. 1925 ist das Jahr der Rationalisierung, aber sie brachte noch keine aufwärtsführende Entwicklung. Die niederwärts zehende Konjunktur wurde erst am 1. Mai 1926 durch den Ausbruch des Bergarbeiterstreiks in England nach oben umgewoben. Der Krise, den der Ruhrbergbau aus diesem Streik gezogen hat, liegt nicht auf dem Gebiet der Erträge, da das Syndikat nicht so sehr auf hohe Augenblicksgewinne als auf langfristige Verträge hingearbeitet hat, sondern vorwiegend in dem großen Ubiak der vergangenen Monate und in der Tatsache, daß das Syndikat noch für einige Zeit günstige Absatzverhältnisse genießt.

Ueber die Steinlohlengewinnung Deutschlands im Jahre 1924 sagt der Bericht, daß sie wieder den Stand von 1921 erreicht habe (abzüglich der überschüssigen Förderung). Sie übersteigt im Jahre 1925 die Förderung von 1922 um rund 3 Millionen Tonnen. Die arbeitstäglige Förderung des Ruhrreviers einl. der dem Syndikat nicht angehörenden Becken stellte sich im Durchschnitt des

Jahres 1924 auf 310 000 Tonnen und im Durchschnitt des Jahres 1925 auf 344 000 Tonnen, im Durchschnitt des Jahres 1913 380 000 Tonnen. Die Steinlohlenförderung betrug im Kalenderjahr 1913 (in 1000 Tonnen) 190 109 gegen 192 729 im Kalenderjahr 1925. Die entsprechenden inländischen Verbrauchsziffern stellen sich in 1913 auf 156 522 und in 1925 auf 107 131 (für das Jahr 1925 verstehen sich die Ziffern ohne Saarrevier und ohne Ost-Oberlohlen). Die Gesamtausfuhr des deutschen Reiches stellte sich (in 1000 Tonnen) im Jahre 1924 insgesamt in Kohle ausgedrückt auf 26 537, im Jahre 1925 auf 33 288 und im ersten Vierteljahr 1926 auf 9431. Die Zwangslieferungen des deutschen Reiches stellten sich im Jahre 1925 für Steinlohlen auf 9723, für Koks auf 3798. Das sind von der deutschen Gesamt-Steinlohlenförderung 11,1 Prozent.

Haftung für das Verschulden des Spediteurs.

Die Klägerin, eine Firma in München, hatte einen Waggon Lohndübe, die aus der Schweiz bezogen wurden, an die beklagte Kunstvollfabrik F. in Landrecht (Pfalz) verkauft. Gemäß Anweisung der Klägerin lief der Waggon von Luzern an die Speditiionsfirma N. in Karlsruhe, die von der Klägerin den Auftrag erhielt, den Waggon mit neuem Frachtbrief an die beklagte Firma L. weiterzuführen. Zugleich wurde der Speditiionsfirma aufgegeben, die Deben der Schweizerischen Bundesbahnen, mit denen die Ware wegen ihrer Kassempfindlichkeit zugelegt war, abzunehmen und sie durch Reichsbahndebnen zu ersetzen. Da jedoch Reichsbahndebnen nicht vorhanden waren, ließ die Speditiionsfirma den Wagen unbedeckt weiterlaufen. Die Ware kam in den Regen und verdarb. Die beklagte Firma L. weigerte sich, die Ware zu ersetzen. Die Klägerin verlangt Zahlung des Kaufpreises in Höhe von rund 5000 Dollars.

Landgericht und Oberlandesgericht München haben die Klage abgewiesen. Das Oberlandesgericht hat erzwungen, daß den Spediteur ein Verschulden treffe und daß die Klägerin dafür einzustehen habe, da sie gemäß § 278 BGB. für das Verschulden des von ihr beauftragten Spediteurs als ihres Erfüllungsgehilfen hafte. Die von der Klägerin gegen dieses Urteil beim Reichsgericht eingelegte Revision ist ohne Erfolg geblieben und zurückgewiesen worden. Aus folgenden Entscheidungsgründen:

Der Auftrag zur Entsendung der Deben war der Bestimmung der Klägerin entnommen, daß die französische Regierung der sog. Reichsbahn, der die Weiterbeförderung der Ware in der Pfalz oblag, die Deben entfernen und nicht zurückgeben werde. Der von der Klägerin beauftragte Speditur hat diese Weisung nur teilweise befolgt. Daß er die Ware durch die unbedeckte Weiterbeförderung der Ware aussetzte, enthielt eine Auftragsaufhebung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt (§ 276 BGB., § 408 BGB.). Die Klägerin bezieht sich auf § 447 BGB. (Verletzung auf Gefahr des Käufers, wenn die Verletzung auf einen anderen Ort als den Erfüllungsort erfolgt). Tatsächlich hatte die Klägerin als Verkäuferin die Ware nach Karlsruhe als Erfüllungsort geliefert und mit der Weiterbeförderung den Speditur beauftragt. Spätestens von da ab haftete sie nicht mehr für ein Verschulden ihres Spediturs. Mit der Uebergabe an diesen haften sie ihre Verpflichtung aus dem Kaufvertrage erfüllt. Mit Recht aber findet das Oberlandesgericht eine für die Beurteilung des gegebenen Falles ausschlaggebende Besonderheit darin, daß die Speditiionsfirma das für den Schaden ursächliche Verschulden unmittelbar in Ausführung einer Weisung der Klägerin begangen hat. Mit dieser Weisung hatte die Klägerin nicht etwa die Interessen der Beklagten, sondern ihre eigenen wahrgenommen, damit ist die Anwendung des vom Oberlandesgericht hier als entscheidend herangezogenen § 278 BGB. gerechtfertigt. Die Klägerin hatte die Ware aus Grund des Kaufvertrages in vertragsmäßiger Verschaffenheit zu übergeben und mußte sie deshalb ordnungsmäßig verpacken, also bedeckt, zur Beförderung bringen. Sie hat die Bedeckung entfernen, so war sie auch verpflichtet, für die anderweitige Bedeckung zu sorgen. Nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts ist der Speditur zwar nicht allgemein, aber doch unter besonderen Umständen als Erfüllungsgesellschaft des Verkäufers anzusehen. (III 471/25. — 21. Oktober 1926.)

Reichseinnahmen im November 1926.

Nach einer Uebersicht des Reichsfinanzministeriums haben sich die Reichseinnahmen im Monat November 1926 auf insgesamt 625 294 556 M. gegenüber 741 034 038 M. im Vormonat belaufen. Bei einem Vergleich dieser beiden Ziffern ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Oktober als erster Quartalsmonat die Abrechnung für die vierteljährlichen Vorauszahlungen mit enthält. Für die ersten acht Monate (1. April bis 30. November) des Rechnungsjahres 1926 ergibt sich demnach ein Gesamtaufkommen an Steuern, Zöllen und Abgaben in Höhe von 4 725 930 371 Reichsmark, während der Voranschlag für das gesamte, zwölf Monate umfassende Rechnungsjahr sich auf 6 555 300 000 M. beläuft. Für die bisherige Entwicklung der Reichseinnahmen ergibt sich demnach ein verhältnismäßig günstiges Bild.

Großhandelsindex. Die auf den Sonntag des 15. Dezember berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 8. Dezember um 0,5 v. H. auf 130,7 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarergzeugnisse auf 124,8 zugenommen, während die Industriestoffe mit 123,2 nahezu unverändert blieben.

Abschluss des Vertrages zwischen der Waggonbauvereinigung und der Reichsbahn. Nachdem der zwischen der von wenigen Tagen gegründeten Deutschen Waggonbau-Vereinigung und der Reichsbahn-Gesellschaft in Aussicht genommene Vertrag auch in den noch offen gebliebenen Punkten endgültig gefasst worden ist, hat die Hauptverwaltung den Vertrag jetzt vollzogen. Der Vorliegende der neuen Vereinigung, die mehr den Charakter einer „Herstellungsgemeinschaft“ hat, ist Generaldirektor Busch-Baunz. Es bestehen fünf händliche Arbeitsausstöße, um die zwischen den Werken vertrag-

lich festgelegte Zusammenarbeit (d. h. Arbeitsleistung) herbeizuführen und die Fiktion mit der Reichsbahn aufrecht zu erhalten. Innerhalb des Verbandes soll eine weitgehende Spezialisierung durchgeführt werden, nicht nur innerhalb der Waggentypen, sondern event. auch so, daß einzelne Fabriken nur Teile herstellen.

Nach der in Aussicht genommenen Verteilung der Reichsbahnaufträge auf die einzelnen Mitglieder der Deutschen Waggonbau-Vereinigung entfallen nach der „Abn. Ab.“ etwa 40 Prozent auf die sieben Werke der Stubiengemeinschaft und etwa 27 Prozent auf die acht Firmen der Gistla, nämlich Gießler Waggon, Deffauer Waggon, Düffeldorfer Eisenbahnbedarf, Gieseler in Seidenberg, Lindner in Ammendorf, Siegener Eisenbahnbedarf, Waggonfabrik Herdingen und Wegmann u. Co. in Kassel, so daß für die übrigen Werke noch etwa 33 Prozent verbleiben. Unter den Werken der ersten Gruppe steht wieder die Hofmann an erster Stelle, dann folgen von der Spden und weiter die Gieseler Waggonfabrik. Von ihren gesamten Waggonaufträgen soll die Reichsbahn mindestens 90 Prozent an die Vereinigung geben, so daß die Reichsbahn etwa zehn Prozent nach Belieben, also auch auf Außenleiter verteilen kann.

Die wir erfahren, beschäftigt die Reichsbahngesellschaft, an die Waggonbauvereinigung mit Lieferfrist bis zum 20. Juni 1927 in Auftrag zu geben: 716 Perjonen- und Triebwagen, 30 Gepäck- und 214 Güter- und Bahndienstwagen. Die Vergütung für das zweite Halbjahr 1927 ist noch nicht festgelegt, wird jedoch 100 Mill. M. kaum erreichen.

Güterwagenstellung bei der Reichsbahn. In der Woche vom 28. November bis 4. Dezember sind bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft (Angaben in 1000 Stk.) 902,7 Güterwagen gestellt worden gegen 731,4 in der entsprechenden Woche 1925 und 989,5 in der Vorwoche (21. bis 27. Nov.) 1926; für den Arbeitsstag im Durchschnitt berechnet lauten die entsprechenden Ziffern 151,2 bzw. 122, bzw. 156,6.

Feist Seiffelkerer A.-G., Frankfurt a. M. Die o. G. B. genehmigt einstimmig den Abschluß. Danach werden aus dem Reingewinn von 4960 M. nach Abzug von 2000 M. für die ordentliche Reserve 2960 M. auf neue Rechnung vorgetragen. Die Umsätze der letzten Monate lassen die Hoffnung auf eine Besserung des Geschäftes berechtigt erscheinen.

Buson in der Edelstahlfabrik. Die Verhandlungen wegen des Anschlusses der Glödenstahlfabrik an die in Bildung begriffene Deutsche Edelstahlfabrik A.-G. haben zu einer Verständigung geführt. Die Verkaufsanlagen und Vorräte der Glödenstahlfabrik werden zu den gleichen Bedingungen an die neue Gemeinschaft übertragen, die für die Einbringung der übrigen Werke maßgebend sind. Der dem Glödenstahlfabrik zukommende Nominalbetrag der Aktien der Edelstahlfabrik A.-G. wird entsprechend der Gesamtbedeutung des Kapitals dieser Gesellschaft wesentlich niedriger sein, als der Buchwert der Anlagen. Am 8. Januar findet die o. B. der Glödenstahlfabrik statt.

Goldanleihe des Landes Thüringen. Das Land Thüringen hat 25 Mill. Reichsmark 7prozentige, innerhalb von 25 Jahren zu tilgende, auf den Inhabern laufende Schuldverschreibungen des Landes Thüringen auf feingoldbasiertes (Thüringische Staatsanleihe von 1927) gegeben. Die Ausgabe der Anleihe durch ein Konfinkonium erfolgt, das unter der Führung der Preussischen Staatsbank, der Reichsbank, der Reichsbank A.-G. und der Thüringischen Staatsbank in Weimar steht, und dem von vier Firmen u. a. die Commerz- und Privatbank A.-G. angehört. Das Konfinkonium wird die Anleihe zur öffentlichen Zeichnung ausliefern.

Schon wieder englische Kohle in Deutschland. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat nach der „Frst. An.“ bereits jetzt wieder Einkäufe von englischer Kohle vorgenommen, und zwar ca. 70 000 Tonnen, die durch Timmes, Strohmeyer, Minoux und andere Firmen vermittelt wurden. Es soll sich dabei um kurzfristige Ankaufkäufe handeln, die deshalb vorgenommen wurden, weil aus dem Abzuggebiet der o. B. überflüssig nicht behoben werden können. In den Kreisen des Kohlenhandels wird dieser Abbruch jedoch hart beklagt, weil man darin ein Zeichen dafür sieht, wie schnell die englische Kohle auf dem inländischen Markt wieder Eingang findet. In jenen Kreisen wurden auch die Mengen des erwähnten Abchlusses höher geschätzt, nämlich mit angeblich 140 000 Tonnen.

Aus Baden

Junfer u. Nuss A.-G., Karlsruhe i. B. Nach dem Geschäftsbericht, den die Gesellschaft erst geraume Zeit nach der o. B. verendet, brachten die ersten fünf Monate des Geschäftsjahres vom 1. Juli 1925 bis 30. Juni 1926 eine Steigerung der Umsätze, doch verlief bereits das Weihnachtsgeschäft in unbefriedigender Weise; im Januar und Februar war eine Einschränkung der Produktion nicht zu vermeiden; in den letzten Monaten des Geschäftsjahres trat eine leichte Besserung ein. Wenn auch in diesem Jahr ein Reingewinn ausgewiesen werden konnte, so rühre dieser lediglich aus den größeren Umsätzen der ersten Monate, also aus dem Jahr 1925, her.

Es wird ein Bruttoertrag von 574 199 M. (im Vorjahr 931 499 M.) ausgewiesen. Abschreibungen 267 800 (235 110) M., Steuern 319 155 (370 037) M., andere absetzbare Kosten 108 472 (120 652) M. Es verbleibt somit ein Reingewinn von 182 830 (207 317) M., einsteht 34 160 (10 624) M. Vortrag. Daraus werden wieder 5 Prozent Dividende an Stamm- und Vorzugsaktien gezahlt unter Berücksichtigung des Vortragss auf 2840 M.

In der Bilanz zeigen gegen das Vorjahr die Kreditoren eine Abnahme von 2,91 auf 1,01 Mill., was wohl z. T. auf die Konsolidierung durch langfristige Darlehen zurückzuführen ist; letztere sind von 1,5 auf 2,30 Mill. gestiegen. Die Vorräte werden mit 4,45 (4,8) Mill. ausgewiesen, der Debitorenbestand ist, wohl im Zusammenhang mit den acquirierten Umsätzen, von 2,91 auf 1,92 Mill. zurückgegangen.

Was die Auslichten anbelangt, so betont der Bericht, daß es infolge des schnellen Konjunkturwechsels umöglich ist, mit einer Wahrscheinlichkeit zu sagen, wie sich das nächste Geschäftsjahr gestalten werde. Vielfach stehen den Räubern politische Erwägungen über als wirtschaftliche, und der Gedanke einer europäischen Handels-Interessengemeinschaft schwebt noch in weiter Ferne. Wie ungesund heute noch das Geschäft ist, erhellt daraus, daß die Preise für Fertigfabrikate sich um eine Anzahl von 125 bewegen, während der Groß- und Kleinhandel im Durchschnitt 160 Prozent der Friedenspreise erhält und die Arbeitslöhne sich über 200 Prozent des Friedensstandes stellen. Etwas ermutigt (wenn auch noch durchaus ungenügend) sind die Steuern; auch die Zinssätze für das nötige Betriebskapital sind heruntergekommen. Die weitere Entwicklung werde von der gesamten Wirtschaftslage und den Handelsmöglichkeiten mit dem Ausland abhängen.

Kapitalzinsamentzung 3:1 bei der Uhrenfabrik E. Furtwängler u. Söhne A.-G., Furtwangen. Die

Gesellschaft schließt ihr Geschäftsjahr am 30. Juni 1926 nach 170 061 M. Abschreibungen mit einem Verlust von 638 066 M. ab. Der Generalversammlung wird vorgeschlagen, das Kapital im Verhältnis 3:1 auf 400 000 M. zusammenzulegen, den erzielten Buchgewinn zur Verringerung der Unterbilanz zu verwenden, 17 220 M. dem Reservefonds zuzuführen und 144 718 M. zu Abschreibungen und Rückstellungen zu verwenden. Nach dem Bericht war das Geschäftsjahr in der Uhrenbranche außerordentlich schlecht. Das Exportgeschäft wurde durch die politischen Verhältnisse ungünstig beeinflusst. Die Schreibmaschinenabteilung, die mit erheblichen Kosten aufgebaut worden war, mußte ihre Produktion abbrechen und dann ganz einstellen, da der Verkaufspreis nicht den Herstellungspreis mit dem Verkaufserlös zu bringen vermochte. Zum teilweisen Ersatz für die aufgehobene Schreibmaschinenfabrikation wurde die Beschaffung einer kleinen Automatenabteilung aufgenommen. Die Einführung dieses Artikels gelang, und die Gesellschaft hofft, in dieser Abteilung bald wieder zu einem Gewinn zu gelangen.

Manufaktur Roehlin, Baumgartner u. Co. A.-G., Vörsch. Die Gesellschaft (Blumenfeld-Gruppe) schließt nach Am. 354 065 (431 161) Abschreibungen mit einem Reingewinn von Am. 17 025 (277 571), der vorgetragen wird, die o. B. den 8. Prozent Dividende. Die Konjunktur war ungünstig. Jetzt habe man durch die Bereinigung der Zinslast gemindert und der Geschäftslage sei befriedigend. Die Anlagen haben Zugänge von Am. 840 000 erfahren.

Olm 19. Dezember

dem „Goldenen Sonntag“, sind die Geschäfte bekanntlich von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends geöffnet. Wir empfehlen Ihnen daher, Ihre Weihnachts-Einkäufe nicht erst kurz vor den Festtagen zu tätigen, sondern diese Gelegenheit wahrzunehmen, die Geschäfte, die im „Karlsruher Tagblatt“ sich durch eine Anzahl empfehlen, aufzusuchen. Jetzt sind Sie nicht nur einer individuellen Bedienung sicher, sondern es kann Ihnen auch eine größere Auswahl von Geschenkartikeln vorgelegt werden. Der umsichtige Kaufmann aber lenkt die Aufmerksamkeit des kauf-lustigen Publikums durch die Aufgabe einer Anzeige in der Sonntagsausgabe des „Karlsruher Tagblattes“, der führenden Morgenzeitung Badens, auf sich!

